

Bezugspreis:

Einzelheft 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 90 Pf., halbjährlich 1,80 M., jährlich 3,60 M. (Post- und Transportgebühren). Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Elbegebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich-Ungarn und Rumänien 30 Pf. für das übrige Ausland 45 Pf. M. Postgebühren nehmen an Österreich, Ungarn, Tschekoslowakei, Dänemark, Holland, Belgien, Schweden und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Heimat“, der Unterhaltungsbeilage „Sammel“ und der Beilage „Bildung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197

Freitag, den 15. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54

Hungerpeitsche gegen Selbstbestimmung

Wien, 14. April. (Korr.-Bureau.) Der französische Gesandte Lefevre-Pontalis gab heute bei Bundeskanzler Dr. Mayr im Auftrag seiner Regierung folgende Erklärung ab: Falls die österreichische Regierung nicht in der Lage sein sollte, die gegenwärtig auf den Anschluss an das Deutsche Reich hinzielenden Antriebe wirkungslos zu machen, so würde die französische Regierung die Hilfsaktion für Österreich einstellen, und die Reparationskommission würde in ihrer Befugnis vollständig wiederhergestellt werden. Die Vertreter der englischen und der italienischen Regierung schlossen sich dieser Erklärung des französischen Vertreters mit dem Bemerkten an, daß ein Zurücktreten Frankreichs von der Hilfsaktion für Österreich das Ende dieser Aktion und das Fallenlassen aller hierauf bezüglichen Projekte bedeute. — Aus Tiroler Abgeordnetenkreisen wird nach der T. L. dazu bemerkt, daß dies eine Erpressung an Tirol bedeute, weil Tirol das Odium auf sich nehmen soll, daß es durch seine Abstimmung am 24. d. M., deren Ausgang nicht zweifelhaft sein kann, die Hilfsaktion für Österreich unmöglich macht.

Wie man sieht, hat Amerika zunächst an dieser herrlichen Aktion nicht teilgenommen, die das Volksbegehren, die Regierung möge an den Völkerbund appellieren, unter den Spieß trifft. Selbst ohne Nordamerika könnten die Neutralen unschwer die drei Millionen deutschösterreichischer Industriebewohner vor der Strafe des Hungertodes für den Anlauf zur nationalen Selbstbestimmung retten.

Die Entente bin Ich!

Rom, 14. April. (EP.) Ein Berliner Brief der „Idea Nazionale“ befragt über die Verdrängung und Uebergehung der italienischen Offiziere in den militärischen Kontrollkommissionen Deutschlands durch die Franzosen. General Nollat bringt immer mehr Franzosen in die Kommissionen, so daß die italienischen Offiziere überstimmt werden und fast nichts mehr zu sagen haben. Die französische Schwerindustrie benutzt die Kontrollkommissionen eigenmächtig, um sich die deutsche Waffenindustrie unterzuordnen oder sich mit allen zweckdienlichen deutschen Maschinen zu bereichern. Gemäß dem Vertrag von Versailles wollten die Italiener nur die rein militärischen Zwecken dienenden Maschinen zerstören lassen; dagegen verlangt die französische Kommission, daß ungefähr 1000 gewöhnliche Drehbänke und Schraubstöcke vernichtet werden, während sie die besten und vollkommensten Maschinen auf die Wiedergutmachungsrechnung für die französische Industrie beansprucht. Diese Forderung verrät deutlich die Absicht, möglichst viel deutsche Maschinen zu vernichten, um das beste für seine Waffenfabriken fortzuschaffen. Dagegen werden viele deutsche Privatfabriken ausfällig gekränkt, weil sie eine Beteiligung französischer Kapitalien angenommen haben. Die Franzosen suchen so, eine noch mächtigere Kriegsmaschine zu schaffen, als sie Deutschland hatte. Die unerlässliche Achtung gegenüber dem verbündeten Italien werde übergangen.

Vernunft redet — Haß entscheidet.

Paris, 14. April. (W.T.B.) Die Kammer hat den Gesetzentwurf über die Abgabe der nach Frankreich eingeführten deutschen Waren in zweiter Lesung mit 383 gegen 79 Stimmen angenommen. Im Laufe der Debatte versuchte der ehemalige Finanzminister Juge, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes auf den 1. Mai hinauszuschieben. Auf Ersuchen des Finanzministers Doumer zog er jedoch seinen Antrag zurück. Ausgenommen von der Abgabe sind Waren, die vor dem 8. März bestellt wurden, und auf deren Verkaufsumme vor dem 17. März Abschlagszahlungen geleistet wurden. Auch der Antrag Volanowski, das Gesetz solle nur bis 15. Mai Gültigkeit haben, wurde auf Wunsch des Finanzministers zurückgezogen. Ein Antrag Brebet, das Gesetz nur anzuwenden, wenn alle Alliierten, die auf der Londoner Konferenz vertreten waren, es annehmen, wurde nach einer zweifelhaften Abstimmung zurückgewiesen.

Paris, 14. April. (W.T.B.) Marcel Sembat bespricht im „Populaire“ die letzte Rede Briand und führt aus, selbst ein Kritiker wie Desjardins, der unter keinen Umständen Anhänger der sanften Art gegenüber Deutschland sei, habe an zwei Beispielen, der landwirtschaftlichen und der industriellen Restitutions, den Vorteil bemerkt, den es habe, zu einem guten Abkommen mit Deutschland zu gelangen. Aber das sei eben die Regel dieser Kammer und dieser Regierung. Im geheimen davon überzeugt, daß das Abkommen der einzige Weg sei, um zu einem Ziele zu gelangen, sah er fort, Lärm zu machen und mit den Waffen zu flirren. Wenn Briand die Miene eines Großsprechers annehme, so erlaube er Falschbehauptungen, zu gleicher Zeit aber habe er die schärfste Hoffnung, Berlin zu verpflichten, sobald wie möglich annehmbare Vorschläge zu machen. Deshalb habe er im Senat vor einigen Tagen und jetzt in der Kammer große Worte gebraucht und von Wendungen gesprochen. Man müsse nur die Leute, die guten Willens und unparteiisch seien, bitten, diese Drohungen und zweifelsvollen Tiraden mit den soliden Vorschlägen zu vergleichen, die die Sozialdemokraten in Amsterdam ausgearbeitet haben.

Das Wiesbadener Büro, das Wg. Desjardins kritisierte, ist nicht das Deutsche, sondern das zur Zurückführung entführter Gegenstände.

Gescheiterter Vergleichsversuch in London.

London, 14. April. (T.L.) Der Arbeiterdreibund hatte bei Lord George um eine Besprechung nachgesucht. Die Konferenz zwischen dem Premierminister und den Arbeiterdelegierten hat heute vormittag 11 Uhr begonnen und dauerte bis 1 Uhr. Beim Verlassen der Konferenz erklärte Thomas, der Führer der Eisenbahner: „Ich sehe noch keine Möglichkeit für eine Verständigung.“ Der Vergleichsversuch scheint daher gescheitert zu sein.

London, 14. April. (T.L.) Im Unterhause teilte der Staatssekretär für den Bergbau Bridgeman mit, daß etwa 40 Gruben, die insgesamt 16 000 Arbeiter beschäftigen, vollständig unter Wasser gesetzt seien. Es sei unmöglich, zu sagen, wieviele von diesen Gruben bald wieder in Betrieb genommen werden könnten, da hierbei ebensosehr wirtschaftliche Erwägungen wie technische Fragen mitspielen. Im übrigen hätten die Berichte aus den verschiedenen Kohlengebieten ergeben, daß die Umweisung zur Wiederaufnahme der Pumparbeiten im allgemeinen befolgt worden sei. Eine Ausnahme machen nur Jifeshire und das Gebiet von Stoneburn (West-Cothman).

London, 14. April. (T.L.) Der parlamentarische Ausschuss der Trade-Unions, der Vollzugsausschuss und der parlamentarische Ausschuss der Labour-Party haben beschlossen, heute eine gemeinsame Sitzung abzuhalten. Der Dreibund ist aufgefordert worden, Delegierte zu dieser Konferenz zu entsenden, was er angenommen hat. Man nimmt an, daß diese gewaltige Konferenz einen großen Einfluß auf die Lage ausüben dürfte.

Unterstützung in Holland und Kanada?

London, 14. April. (T.L.) Der „Times“ wird aus Rotterdam gemeldet, daß der Verband der holländischen Transportarbeiter beschlossen hat, die englische Tripleallianz im Streikfall zu unterstützen und die Ladung und den Versand von Waren nach England zu verweigern.

Die kanadischen Bergleute erteilen eine Erklärung, wonach sie unverzüglich in den Zustand treten würden, falls kanadische Kohlen nach England geschickt würden, solange in England der Ausstand andauert.

Ausschreitungen.

London, 14. April. (W.T.B.) Blättermeldungen zufolge haben 5000 bis 6000 Bergarbeiter in den Mittelnachtstunden einen einschloßen und anschließend wohlorganisierten Angriff auf die Zentralverteilungsstation der Nordbritischen Eisenbahn in Jifeshire ausgeführt. Die Signalwärter wurden gezwungen, ihre Posten zu verlassen, Güterzüge wurden gepündert und beträchtliche Lebensmittelmengen weggeführt.

Kein Sanktionsvertrag.

London, 14. April. (Reuter.) Lord George teilte im Unterhause mit, daß kein Abkommen mit Frankreich über „Sanktionen“ getroffen worden sei für den Fall, daß Deutschland bis zum 1. Mai seine Verbindlichkeiten nicht erfüllen sollte.

London, 14. April. (T.L.) Die Erklärung Reuters, daß ein von Deutschland gemachtes vernünftiges Angebot, begleitet von dem aufrechten Wunsch, die berechtigten Ansprüche der Alliierten zu befriedigen, von der britischen Regierung mit gewissenhafter Aufmerksamkeit aufgenommen würde, enthält weiter die bedeutungsvolle Bemerkung: Es sei klar, daß ein großer Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland sich in der Erwartung getäuscht sah, daß unter den Alliierten Meinungsverschiedenheiten auftreten könnten. Aus diesem Grunde werde Deutschland nicht mehr zögern, neue Angebote zu machen, besonders da die jetzt in Anwendung befindlichen Strafmaßnahmen, die die Unterchriften fast aller Vertragsunterzeichner aufwiesen, einen merkwürdigen Eindruck auf die deutsche Industrie hervorgerufen.

Daraus will man schließen, daß England verhandeln wolle.

Dalsburg, 14. April. (W.T.B.) Heute nachmittag verhaftete die französische Besatzungsbehörde den ersten Beigeordneten stellvertretenden Bürgermeister Regierungsrat Dr. Malweg und den Polizeinspektor Klein ohne Angabe von Gründen. Die Verhafteten wurden in das Gefängnis abgeführt.

Ein Sak Knox.

Paris, 14. April. (W.T.B.) Nach einer Meldung aus Washington, die „Deure“ verbreitet, besteht die Resolution Knox nur aus einer einfachen Erklärung des Friedenszustandes, alles übrige sei gestrichen worden.

Paris, 14. April. (EP.) Die „Chicago Tribune“ meldet aus Tokio: In japanischen Regierungskreisen glaubt man, daß die amerikanische Protestnote gegen die Verteilung der Inseln im Stillen Ozean den Zusammentritt einer neuen Friedenskonferenz notwendig mache.

Republik Südhina.

Die Regierung in Kanton hat nach der Wahl des Sozialisten Dr. Sunqatzen zum Präsidenten endgültig die Trennung von Peking ausgesprochen. Die Südpublik habe eine verantwortliche Regierung eingelegt. Präsident Sunqatzen schickte sich an, den ausländischen Regierungen eine Erklärung zu überreichen und um ihre Anerkennung zu bitten.

Was wird mit Oberschlesien?

Ein Warnungsruf noch in letzter Stunde.

Von Eduard Bernstein.

Wenn man Meldungen französischer Blätter glauben schenken soll, so wären die Regierungen Englands und Frankreichs schon einig darüber, das ganze Industriegebiet Oberschlesiens mit winziger Ausnahme Polen zu überweisen. Welch furchtbarer Schlag Deutschland damit versetzt würde, braucht hier nicht noch dargelegt zu werden. Auch den Regierenden in London und Paris braucht man es nicht erst noch auseinanderzusetzen. Zur Genüge ist es ihnen von eigenen Landesangehörigen, die etwas davon verstehen, nachgemeldet worden.

Es liegt daher der Schluss nahe, daß es ihnen im Gegenzug zu ihren anderen jagenden Beteuerungen wirklich nur darauf ankommt, Deutschland zugrunde zu richten und das deutsche Volk zur Verzweiflung zu treiben.

Wie sollte man die Entscheidung sonst sich erklären? Stünde sie nicht im hellen Widerspruch mit den Ergebnissen der Volksabstimmung in Oberschlesien? Hat diese nicht eine große, fast eine Zweidrittelmehrheit für Deutschland ergeben?

Ich weiß, was man darauf erwidert. Man verweist darauf, daß nicht alle Kreise Oberschlesiens deutsche Mehrheiten ergeben haben. Man macht mit Hilfe von Einteilung in Zonen Zusammenstellungen, wonach sich für den größten Teil des ober-schlesischen Industriegebietes eine Mehrheit für Polen herausrechnen läßt. Und mit ganz besonderer Betonung verweist man auf die starken polnischen Mehrheiten, welche die Abstimmungen in den Kreisen Bielez und Rybnik ergeben haben. Wie kann man bei solchen Mehrheiten für Polen, ruft man aus, noch ein Verbleiben dieser Kreise bei Deutschland rechtfertigen?

Es bliebe blind sein, wollte man sich verhehlen, daß dieser leitere Hinweis auch auf Deute Eindruck gemacht hat, Angehörige der Ententeänder und Neutrale, denen man feindselige Absichten in bezug auf Deutschland nicht nachsagen kann, die vielleicht im übrigen dem Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland das Wort reden. Den Einwand, daß Bielez und Rybnik wirtschaftlich ja doch mit dem übrigen Industriegebiet Oberschlesiens zu eng verbunden seien, als daß sie sich ohne schwere Schädigungen von ihm ablösen ließen, erkennen sie nicht als durchschlagend an, zumal er von den Unwägen Polens umgeben ist für dessen Anspruch auf das ganze Industriegebiet geltend gemacht wird. Deutschland gäbe nach ihrer Ansicht mit ihm seinen starken Rechtsanspruch auf das übrige Industriegebiet Oberschlesiens aus der Hand.

Ich halte es nicht für richtig, uns über diese Gegeneinanderwände ohne sorgfältige Prüfung hinwegzusetzen. Die Sache ist zu ernst und Deutschlands Lage zu schwierig, als daß wir uns auf eine Politik verbeissen dürften, bei der wir Gefahr laufen, daß es uns wie dem Hund in der Fabel ergeht. Es kommt vor allem darauf an, die Frage richtig zu stellen. Deutschland hat in Bielez und Rybnik Rechtsansprüche wahrzunehmen, die nach heute — d. h. in der bürgerlichen Welt, in der wir leben — geltenden Rechtsgrundsätzen so wohlbegründet sind, daß am allerwenigsten die bürgerlichen Regierungen Englands und Frankreichs sie unbeachtet lassen dürfen. Und ein noch größeres Recht haben die in den genannten Kreisen lebenden Deutschen auf sicheren Schutz gegen nationalstiftische Schikanen und Drangsalierungen irgendwelcher Art. Ist man bereit und imstande, diese Rechte und diesen Schutz über allen Streit hinaus zu verbürgen? Wenn ja, dann ließe sich vielleicht auch ein Ausgleich finden, bei dem das nationale Interesse beider Nationen auf seine Rechnung käme. Deutschland hat kein Interesse daran, in seinem Südostgebiet sich eine Polonia irredenta — ein „unerlöstes Polen“ — entwickeln zu sehen, wohl aber ein großes Interesse, mit dem polnischen Nachbarstaat in ein möglichst gutes Verhältnis zu kommen. Und das ist nicht mit dem Aufstellen kategorischer einseitiger Behauptungen, sondern nur auf dem Wege der Verständigung über grundsätzliche Regelungen zu erreichen.

Ohne die Kreise Bielez und Rybnik aber bleibt ein ober-schlesisches Industriegebiet mit ganz ungewissenhaft-deutscher Mehrheit übrig. Dieses von Deutschland abtrennen zu wollen, läßt sich durch keine Dialektik rechtfertigen. Es wäre ein ebenso großes Unrecht gegen das deutsche Volk, wie gegen die große Mehrheit der dortigen Bevölkerung selbst. Der wirtschaftliche Zusammenhang, der kulturelle Zusammenhang und der politische Zusammenhang sind hier über allen Streit hinaus erwiesen. Auch der Plan, aus diesem Gebiet kleine Kreise herauszureißen, die eine polnische Mehrheit aufweisen, wäre ein Widerspruch, den man überall sonst vermeiden hat. Keine wirtschaftliche Rücksicht könnte ihn rechtfertigen, keine Rechtsideologie ihn entschuldigen. Es wäre die nackte, brutale Ungerechtigkeit, hier ein Gebiet zu zerstücken, das ganz überwiegend deutsch und für das Wirtschaftleben des ganzen östlichen Deutschlands und den größten Teil Mitteleuropas von entscheidender Wichtigkeit ist. Und schlimmer als das, Beraubung im

gehäufigsten Sinne des Wortes wäre es, unter Bezugnahme auf Vieh und Hybnit dieses ganze Gebiet Deutschland abzusprechen. Als das, als von rücksichtsloser Mißgunst diktierte Beraubung würde es vom ganzen deutschen Volke aufgefahst und empfunden werden.

Das glaube ich in dieser letzten Stunde den Regierenden an der Seine und an der Themse zurufen zu sollen. Mögen sie dieses warnende Wort nicht unbeachtet lassen! Sie haben heute die Machtmittel in der Hand, die ihnen erlauben, gleich Despoten mit dem Wohl und Wehe eines Volkes zu spielen, das sich im Vertrauen auf ihre Zusicherungen in seiner überwiegenden Mehrheit gutwillig selbst entwaflnet hat. Mögen sie sich in diesem Machtbewußtsein nicht gar zu selbstherrlich fühlen. Auch an einem der Kriegsmittel ledigen Volk verflüchtigt man sich nicht straflos; auch ihm ertötet man den Glauben an Recht und Gerechtigkeit nicht ohne bittere Nachwirkungen. Wer Verzweiflung sät, erntet Verzweifelte, die geneigt sind, sich jedem in die Arme zu werfen, der ihrem beleidigten Rechtsempfinden Sühne verspricht. Die sittliche Atmosphäre der Kulturland ist durch den Krieg ganz verpestet, daß es viele, viele Jahre kosten wird, bis sie wieder einigermassen rein wehet. Mögen diejenigen, die an der Spitze der Nationen stehen und die erste Pflicht haben, für Entpestung Sorge zu tragen, nicht noch durch neue Opferungen an den Götzen der Gewaltpolitik der Verpestung weitere Nahrung geben. Es gibt Wege, Deutschland und Polen Befriedigung zu gewähren.

Warschau, 14. April. (CZ.) Polnischen Blättern zufolge hat die tschechische Regierung ihre Vertreter im Ausland, insbesondere in London und Paris, beauftragt, für eine Neutralisierung Oberschlesiens tätig zu sein, da diese Lösung der Frage für den tschechischen Staat am vorteilhaftesten wäre.

Zentrum und Bindung.

Die Zentrumsfraktion des Preußenparlaments soll nach Meldung sozialistischer und deutschnationaler Blätter in ihrer gestrigen Fraktionsitzung festgestellt haben, daß weder Stegerwald noch das Zentrum, noch seine Unterhändler gegenüber der Sozialdemokratie eine Bindung bezüglich des Rücktritts Stegerwalds eingegangen seien.

Vom englischen Parlament sagt ein bekanntes Wort: es könne alles beschließen, nur nicht, daß ein Mann eine Frau sei. So möchten wir auch der Zentrumsfraktion sagen: sie kann sicher die weittragendsten Beschlüsse fassen, aber feststehende Tatsachen der Vergangenheit kann sie durch keinerlei Beschlüsse aus der Welt schaffen.

Der Etat für 1920.

Das 4-fache des Friedensetats!

Der Reichsrat genehmigte in seiner gestrigen Sitzung zunächst den Nachtragsetat für 1920, der, wie der Berichtstatter, Ministerialdirektor Sachs, hervorhob, im wesentlichen nur die Reineinführung der Beamten entsprechend dem Gesetz vom Dezember 1920 enthält. Im Etat für die Ausführung des Friedensvertrages sind 100 Millionen mehr erforderlich zur Befriedigung der Ansprüche der Interalliierten Rheinlandskommission und des Besatzungsheeres im besetzten rheinischen Gebiete.

Der Etat für 1920, der bisher im ordentlichen Etat mit 39,9 Milliarden und im außerordentlichen mit 69,6 Milliarden abschloß, erhöht durch den Nachtragsetat eine Erhöhung im ordentlichen Etat auf 44,5 Milliarden und im außerordentlichen Etat auf 89,6 Milliarden. Insgesamt erreicht der Etat für 1920 die Summe von 134 Milliarden gegenüber 3,4 Milliarden im Jahre 1914. Die Erhöhung beträgt rund das 4-fache. Im ordentlichen Etat ist das Gleichgewicht dadurch hergestellt, daß 2 Milliarden mehr als Steuereinnahmen eingestellt sind. Zur Deckung der Mehrausgaben im außerordentlichen Etat ist ein neuer Anleihekredit von 19,6 Milliarden erforderlich. Zugänglich des bisherigen Kredits ergibt sich für 1920 insgesamt ein Fehlbetrag von 86,8 Milliarden. Der Berichtstatter erklärte dazu nur kurz, daß kein Zweifel darüber bestehen könne, daß es so nicht weitergehe. In erster Linie sei es nunmehr Sache der Reichsregierung und des Reichstags, mit Entparnissen vorzugehen.

Der amerikanische Sensationsfilm.

Wer die in der letzten Zeit in der deutschen Presse veröffentlichten Ausführungen über einen „künstlerischen Film der Zukunft“ liest, der empfindet einen gewissen Trost, wenn er verzweifeln möchte darüber, wie „herrlich weit“ die Filmindustrie es im künstlerischen und kulturellen in den 25 Jahren ihres Bestehens gebracht hat. Die Debatte zeigt den ersten Willen vorwärts zu kommen.

Und es gibt ja wirklich bereits Lichtblicke in all dem Chaos. Einige der neubestundenen Filme sind gut, nähern sich dem künstlerischen beträchtlich, und es gibt ein paar schwedische Filme, die schlechtweg Kunstwerke sind. Aber was leistet der Film im allgemeinen? Er bringt Scharen von arbeitsmüden Menschen Zerstreuung. Das ist viel. Seine läppig mauernden Auswüchse schälen jedoch die Menschheit so ungeheuer, daß es immer wieder unbegreiflich erscheint, wie sich das so ungehindert vollziehen kann.

Ich hatte Gelegenheit, den amerikanischen Film kennen zu lernen, bevor er nach Deutschland gelangte. Er nötigt uns den größten Respekt ab auf technischem Gebiet, aber das ist im wesentlichen alles. Er hat einige, ganz wenige wirklich beachtenswerte Arbeiten hervorgebracht, so die durch die schauspielerische Leistung Orlans unaußersächlich sich einprägende „Gebrochenen Blumen“; in stofflicher und künstlerischer Hinsicht steht der amerikanische Film tief unter dem deutschen. Auf dem Gebiet der Verbindung übertrug der amerikanische Sensationsfilm alles. Da seine Innovation nach Deutschland bevorsteht, sei ihm diese Empfehlung mit auf den Weg gegeben:

Der Serienfilm ist Trumpf. Er ist die zeitgemäße Fortbildung des Zehnminuten-Roll-Film-Unternehmens. Wir kennen ihn längst in Deutschland, aber Amerika hat Unvergleichliches, Niedrigwertiges, Gipfelhaftes geschaffen. Die Schurkerei in Reinkultur — aber nebenbei gefolgt in lauterster Monotonie. Schlägereien, Kämpfe und Faustkämpfe sind das höchste der Gefühle. Ein amerikanischer Filmschauspieler muß in erster Linie ein Meisterhörer und Sportsmann durch und durch sein. Aber was? Ringkampf? Recken wir einzigartig, ganz sensationell: gekämpft wird zunächst in einem Zimmer, dann wälzt sich das mühende Paar hinaus auf den Flur, weiter, die Treppe hinab, immer in prächtig zappelndem Anlauf, in einen Ballsaal hinein, zwischen stauenden Menschen hindurch — und zurück, zum Saale hinaus, die Stufen wieder hinan und zurück in jene Stube! Und was sind Kämpfe auf festem Boden? Tief auf dem Grunde des Meeres, hoch in den Wüsten sind sie auszuführen, meine Herrschaften. Werdarten: die allergeringsten sind gerade interessant genug. Freilich muß Vorsicht bewahrt werden. Parole: alle Kämpfe und Werdarten sind so zu berechnen, daß in den fünf ersten Serienabteilungen, abgesehen von dem ersten Fundamentalmord, kein Mensch getötet wird. So erlebt man denn immer wieder das wunderbare Schauspiel, daß Naturen, die in jeder Sekunde zum äußersten bereit sind, die um-

Die Denkschrift über die Märzunruhen.

Anlässlich der kommunistischen Putschbewegung in Mitteldeutschland wurde der preussischen Staatsregierung vielfach zum Vorwurf gemacht, daß sie es an vorbeugenden Maßnahmen zur Erstreckung der Aufrührerbewegung habe mangeln lassen, und daß sie daher einen Teil der Verantwortung für den Zustand selber trage. Wie unbegründet diese Vorwürfe sind, geht aus der gestern ausgegebenen amtlichen Denkschrift des preussischen Ministeriums des Innern „Die Märzunruhen 1921 und die preussische Schutzpolizei“ nebst dem ihr beigegebenen Anlageheft „Von der Schutzmannschaft zur Schutzpolizei“ überzeugend hervor. Der erste Teil der Denkschrift beschäftigt sich mit der Notwendigkeit der Schutzpolizei, im zweiten Teil werden die Maßnahmen der Staatsregierung zur Verhinderung drohender Aufstandsbewegungen ausführlich geschildert. Man ersieht hieraus, daß die Regierung lange vor Ausbruch der diesjährigen Märzunruhen durch unablässige und sehr energische Zugriffe der Behörden die kommunistischen „illegalen Kampforganisationen“ bereits soweit eingedämmt und geschädigt hatte, daß diese zu einer geschlossenen Aktion von einheitlicher Stoßkraft nicht mehr verwendbar und fähig waren. Zusammenfassend bemerkt die Denkschrift dann weiter:

„Offenbar ist die KAPD durch die Aktion mehr oder weniger selbst überrascht worden. Dem ist es zuzuschreiben, daß der Aufstand in Mitteldeutschland und was sich im Zusammenhang damit im Ruhrgebiet, an der Wupper und in Berlin ereignet hat, sich nicht zu einer großen Gesamtkaktion der kommunistischen Parteien ausgewachsen hat. Die treibende Kraft war ansonsten die KAPD, allein, die im Gegensatz zur KAPD auch für die Teilkaktion ist und leben, sei es auch noch so kleinen örtlichen Aufstand als Mittel zum Weiterstreben der Revolution auszunutzen will. In der Polizeikaktion des Oberpräsidenten Hering erblühte sie ein willkommenes Mittel, eine solche Teilkaktion anzuzetteln und auszubreiten! In der Befürchtung, ihre Anhänger auf die KAPD, als die aktionsbreitere, zu verweisen, mußte die KAPD folgen. Aus sich heraus fühlte sich die KAPD nicht stark genug und hätte hierzu trotz des Gebots von Moskau allein nicht die Kraft gefunden. Das es bei dem letzten Aufstand bei örtlichen Aufstandshandlungen einzelner, bewaffneter, seit jeher stark verheerter, zum großen Teil auch ortsfremder Banden blieb, daß die von den kommunistischen Parteien nach ihren Selbstzwecken und nach den Moskauer Weisungen ausgegebenen Kampfparolen nicht befolgt wurden, daß die Erhebung zu einem Generalaufstand mit dem Ziele, die Revolution neu zu entfachen und weiterzutragen, nicht führte, ist der sorgfältigen monatelangen Ermittlungs- und Kleinarbeit und den Zug um Zug geführten Abwehrmaßnahmen und Gegenmaßnahmen der Behörden zu verdanken, denen es gelungen ist, die Vorbedingungen zum Gelingen einer allgemeinen Erhebung, nämlich die Organisation militärischer Verbände unter einheitlicher Leitung, zu beseitigen. Eine besondere Anerkennung dafür, die Behörden in diesen Maßnahmen unterstützt zu haben, verdienen die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen aller Richtungen, die es besonders in den Märztagen weit von sich wiesen, mit den kommunistischen Aufrührern gemeinsame Sache zu machen.“

Der dritte Teil der Denkschrift, der die Darstellung der Bekämpfung des mitteldeutschen Aufstandes durch die Schutzpolizei enthält, hat im wesentlichen nur historisches Interesse; von Wichtigkeit sind die im vierten Teil der Denkschrift niedergelegten Erfahrungen, die aus den Märzkämpfen hinsichtlich der weiteren Ausgestaltung der Schutzpolizei, namentlich ihrer Bewaffnung, sich haben gewinnen lassen.

Weiter werden in diesem Abschnitt interessante Einzelheiten über die militärische Organisation und Führung der Aufständischen mitgeteilt. Als Lehre aus den Kämpfen wird als Mindestmaß der Bewaffnung nach der Denkschrift für nötig gehalten: Jeder Beamte 1 Karabiner oder Maschinenpistole. Auf 100 Beamte 1 Maschinen-gewehr. Mindestzahl jeder örtlichen Polizei jedoch 2; außerdem einige Geschütze, auf Kraftwagen montiert. Es folgt dann eine Reihe technischer Einzelheiten.

Die Beilage der Denkschrift „Von der Schutzmannschaft zur Schutzpolizei“ gibt ein umfassendes Bild von der geschichtlichen Entwicklung des Polizeikörpers im preussischen Staate und schildert eingehend die den Boulogner Beschlüssen der Alliierten vom

22. Juli 1920 vollkommen angepaßte Neuorganisation des Polizeiwesens. Sie führt im besonderen den Nachweis, daß die preussische Schutzpolizei im Gegensatz zu den meisten Staaten des Auslandes eine rein verwaltungsmäßige Organisation ist, keine militärische Polizeikörper. In diesem Zusammenhang besonders wertvoll ist eine Uebersicht über die Polizeioorganisationen des Auslandes, denen gegenüber von der Denkschrift darauf hingewiesen wird, daß die deutsche Republik mit Preußen unter Berücksichtigung der Note vom 22. Juni 1920 von der Einführung einer militärischen Organisation abgesehen und statt dessen eine wirkliche Polizei geschaffen habe.

Die Vertreter der deutschnationalen Fraktion und der Fraktion der Deutschen Volkspartei haben Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beim Landtag beantragt, um über den Zustand in Mitteldeutschland und die von den Staatsbehörden zu seiner Bekämpfung getroffenen Maßnahmen eine Nachprüfung anstellen zu lassen. Dieser Antrag ist völlig überflüssig, da die Behörden selbst unaufgefordert sämtliches Material zur Kenntnis gebracht haben (vgl. Denkschrift). Der Antrag hat rein agitatorische Motive und soll offenbar einen neuen Angriff der Rechtsparteien gegen den sozialdemokratischen Minister des Innern Severing sowie gegen den Genossen Hering einleiten.

Kahr und die Arbeiterkraft.

München, 14. April. (TL.) Ministerpräsident Dr. von Kahr erklärte heute im Finanzausschuß des Landtages, daß die innerpolitische Gefahr durch die linksradikalen Umsturzbestrebungen ernster sei, als die Sozialdemokraten sie ansehen.

Diese Gefahr mache es unmöglich, schon heute die Entwaffnung der Einwohnerwehr durchzuführen. Mit dem Vertrauen zu unseren Arbeitern habe das gar nichts zu tun. Die Schutzwehr richte sich nicht gegen die Arbeiter, sondern gegen Reaktionsäre, und es sei ein Unrecht, zu behaupten, daß die Einwohnerwehr eine Kampforganisation gegen die Arbeiterkraft sei. Vorzeitige Entwaffnung der Einwohnerwehren bedeute Bolschewismus und Unmöglichkeit jeglicher Reparation. Es bestehe auch nicht der leiseste Anlaß, zu glauben, daß die Regierung die Einwohnerwehr nicht vollständig in der Hand habe. Die Regierung anerkenne, daß die Reichsleitung verpflichtet sei, die in Spa gegebenen Versprechen einzulösen, sobald dies ohne Gefährdung des eigenen Bestandes möglich sei. Bisher habe aber die bayerische Regierung diese Voraussetzung noch nicht für erfüllt. Zu dem Münchener Besuch des Byzanzlers Heine erklärte der Ministerpräsident, daß die bayerische Regierung vollständig korrekt gehandelt habe, und daß die Angelegenheit erledigt sei, ohne daß irgendeine Verstimung zwischen der Reichsleitung und der bayerischen Regierung übriggeblieben wäre.

Nachdem einige Redner nochmals zu der Frage Stellung genommen hatten, wurde in der Abstimmung die Position für das Rechnungsjahr 1919 mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Unabhängigen, die Forderung für das Rechnungsjahr 1920 mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Griechischer Rückzug!

Athen bereitet die Welt auf einen „strategischen Rückzug“ der Hecce vor — kein Wunder, wenn sogar die „Agence d'Athènes“ von einem gewaltigen Angriff der Kemalisten bei Karatissar berichtet, der einem Durchbruch recht ähnlich sieht. „Scolio“ meldet schon Athener Demonstrationen gegen — Konstantin den Vielgeliebten, der Benizelos' Friedensliebhaber kriegerisch übertrumpfen wollte. „Seht, er kommt mit Raüm geträumt“, wird in Athen jetzt jedenfalls nicht gefungen. Vielleicht in Angora.

Es wird von einem Londoner Italienisch-türkischen Geheimabkommen berichtet, das Italien wesentliche Wirtschaftsvorteile und der Türkei die Zurückziehung italienischen Militärs von seinem Gebiet sichert. Italien hat zwar auch in Syrien militärisch, hat aber kein inneres Bedürfnis, Kleinasien Ausbeutung den Griechen zu überlassen.

ständlichsten Prozeduren vornehmen, nur damit das Objekt ihrer ausgebreiteten Verfolgung ja nicht durch einen wohlgezielten Revolvererschuss ums Leben gebracht wird.

Der Vorwurf dieser Ergebnisse schreit zum Himmel. Ihre Naivität verweist sie auf die Jahrmärkte vergangener Jahrhunderte. Ihre Ideenarmut stellt wahrhaft einen Gipfel dar. Immer wieder der gleiche rote Faden: ein liebend Paar verfügt über irgendein Testament, eine Erfindung, die Anweisung auf einen Schatz (ein eintausendfaches Bergwerk ist in Amerika sehr beliebt), und eine Apochenbande macht den beiden guten Menschenkindern ihren rechtmäßigen Besitz freitig.

Einen traurigeren Gegenstand als den zwischen der kindlichen Primitivität dieser Produkte und der ausgezeichneten photographischen Darstellung kann es nicht geben. Aber der Erfolg ist eine Tatsache. Wie solche Erzeugnisse unserer Zeit auf die „halbwüchsige Jugend“ wirken, darüber braucht keine nähere Untersuchung angestellt zu werden. Aber der Erwachsene will sein Zerstreuungsfutter haben! Diesen Erwachsenen aber bringt der zu einer Rekordleistung ausgestaltete amerikanische Sensationsfilm weder Zerstreuung noch Erholung. Das von aller Erdlast befreite Moment fehlt völlig.

„Leistungstheater. Von Morgens bis Mitternacht.“ Das Leistungstheater brachte Georg Kaisers Tragödie „Von Morgens bis Mitternacht“, von Victor Barnowsky inszeniert, neu heraus. Dieses „Stück in sieben Bildern“ ist ein echter Kaiser, wobei der Begriff echt eigentlich unecht bedeuten muß: es liegt bereits jetzt dieser Staub auf ihm. Das Fabrikate dringt allzudeutlich durch die dünne Decke von Seelischem, die schamhaft diese Vorgänge umhüllt. Die Jahre haben es nicht wahrheitsförmlich gemacht, daß dieser defraudierende Banktäffler der Höhepunkte des Daseins in der Rennbahn und der Bar sucht. Es ist wie fast immer bei Kaiser: er setzt prachtvoll ein und verhandelt von der Mitte seiner Gestaltung ab. Die Entwicklung seines Helden, des vom Rauf des Abenteuers entseffelten Bürgers, geht im Beiwert, im theaterhaften Aufputz unter. Ballenberg vermochte seinerzeit trotzdem eine Linie herauszuformen. Der neue Mann, den Barnowsky in dieser schwierigen Aufgabe stellt, Alexander Granach, vermag es noch nicht. Es steht außer Zweifel, daß Granach begabt ist, daß er etwas kann. Es steht vorläufig, nach dieser Leistung, noch in Zweifel, ob er schon soweit etwas ist, um ungestraft soviel können zu dürfen. Man stimmt von Einzelheit zu Einzelheit seiner Leistung zu, anerkennt auch, daß er in heiseren Tönen über das Technische hinauskommt: aber als Ganzes zerfällt die Gestalt, ja, was bedenklich macht, zerfällt sie oft die vom Regisseur herausgearbeitete Stimmung. Granach erscheint als Kopfschauspieler, woran vielleicht die Rolle schuld ist. Ob er Herz hat, muß die Zukunft lehren, die ihm hoffentlich passendere Aufgaben beschert. Barnowsky hatte einprägsame Bilder geschaffen, darunter eine expressionistische Bar und, als eindringlichste Erinnerungen, das Familienzimmer und den Heiligsamerzaal, und trieb das nötige Tempo heraus. Martha Hartmann gab im Schrei der verlassenen Frau ein Menschenschicksal

und bewährte sich auch als Offizier der Heilsarmee. Maria Klein ergoß als Dame, Blandine Ebinger faszinierend als Heilsarmeenadlerin, rührend Billy Sues-Eisenlohr, knallig Alice Törning. Daneben viel Gutes. Nur der Reclamator wollte noch nicht immer.

Diesjährige in Bibliotheken. Zu dieser Zeit wird uns geschrieben: Daß Bücherkunde oft die Religion haben, die Eigentumsbegriffe zu verwischen, weiß ja jeder Besitzer einer größeren Bücherei, und die öffentlichen Bibliotheken können von jeder ein Lied davon singen. Besonders berührt als Neptomanischer Bibliophile war der Renaissancegelehrte Flavius Maritus, dessen Methode des „Bücherammelns“ fast sprichwörtlich wurde. Sein Nachschlaf befindet sich jetzt in der Wolfenbütteler Bibliothek, deren Geschichtsschreiber allerdings eine Ehrenrettung für Flavius verfuhrte. Ganz unversoren trüb ein anderes Büchermarder sein Gewerbe, indem er in die gestohlenen Bände ganz offensichtlich den Bemerk anbrochte: durch Entleihen an mich gebracht. Die netteste Geschichte auf dem Gebiete passierte aber vor einigen Jahren im — schrecklich zu sagen — Theologischen Seminar einer mitteldeutschen Universität, aus deren Bücherei eines Tages ein kostbares dreibändiges Werk verschwand. Der Senior des Seminars nahm die Sache zuerst nicht tragisch und forderte einfach auf, das wohl aus Versehen mitgenommene Werk wieder zurückzubringen. Die Aufforderung blieb erfolglos, wie die sich bis zu Drohungen mit dem Gericht steigenden weiteren Aufforderungen. Es blieb dem Seminar weiter nichts übrig, als das bide Wert, das gerade in neuer Auflage erschienen war, wieder anzuschaffen. Mit grimmiger Genugtuung stellte der Senior die eben vom Buchhändler gekommenen Bände in die Bücherei und siehe, drei Tage später war das vermisste alte Exemplar wieder am gewohnten Platze — dafür sollte aber die eben angeschaffte neue Auflage. Und kam niemals wieder.

Theater. Im Residenz-Theater findet Sonnabendnachmittag 4 Uhr eine Schaudelersvorstellung zu ermäßigten Preisen von Delfs Komödie „Das Privileg“ statt. Die Einnahme fließt der Deutschen-anstalt der Bühnengenossenschaft zu. — Für die Reueinleitung des „Sommerachstraums“ im Großen Schauspielhaus unter der Regie Max Reinhardts wird das Ballet von Eugenia Ewarsowa mitwirken.

Buchverkäufe. Bei Paul Cassirer, Viktorstr. 25, sind vom 14. bis 20. April die Handschriften der Kaiserlichen, Kaiserlichen und Kaiserlichen, sammtliche Handschriften ausgestellt, die vom 8. Mai ab in Frankfurt a. M. versteigert werden. Das Sammlerinteresse konzentriert sich auf die reichhaltige Sammlung von illustrierten Manuskripten aus dem 12. bis 15. Jahrhundert.

Lebensliche Vorführung des Vodenkims. Das Abendprogramm der Stadt Berlin veranlaßt am Sonntag, nachmittags 11 Uhr, im Ufa-Palast am Zoo eine Vorführung des Vodenkims. Die Voden, ihre Gefahren und deren Bekämpfung. Der Film soll allen Schaulustern, die gezeigt werden, und möglichst auch deren Eltern zugänglich gemacht werden.

Ein wieder entdeckter Komet. Das Greenwich-Observatorium teilt mit, daß am 10. April der Komet 1909-B wieder entdeckt worden ist. Der Komet wird die Erde binnen etwa am 11. Mai zehn Tage vor der Erde streifen. Die Gefahr eines Zusammenstoßes besteht nicht.

Der Komet 1819 von Voss zum erstenmal beobachtet und dann von Winde 1858 wieder aufgefunden worden. Er hat eine kurze Umlaufzeit von 5-8 Jahren und bietet dem Astronomen mancherlei Interessantes. Ohne Fernrohr ist er nicht zu beobachten.

Um Stadtschulrat Paulsens Ziel.

Eine Schulreformdebatte im Rathhaus.

Die Stadtkonferenzversammlung erörterte gestern die Frage der Notwendigkeit von drei unter dem Oberstadtschulrat zu schaffenden Schuldezentren für die Gemeindeschulen, für die höheren Schulen und für die Fortbildungsschulen. Dabei kam es zu einer großen Schulreformdebatte, in der Oberstadtschulrat Paulsen das Wort ergriff, um seine pädagogischen Grundzüge und schulpolitischen Pläne darzulegen. Der alte Unterrichts- und Vernunftschule stellte er die neue Arbeits- und Gemeinschaftsschule gegenüber, die „das Kind vom Passiv zum Aktivposten erhebt“. Es soll nicht nur Leben in die Schule hineingetragen werden — nein, die Schule selber soll Leben sein. Die rechte Seite erging sich während der Rede Paulsens in Störungen, und in der Debatte zeigten dann die Redner der bürgerlichen Parteien, daß ihnen für den Kern der Paulsenschen Ideen jedes Verständnis fehlt. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Lohmann, stellte fest, daß die neue Schule nicht gewaltsam eingeführt werden soll. Selbstverständlich könne eine Schule der Gemeinschaft in unserem Sinne und im Sinne Paulsens erst dann zu einer Schule der Volksgemeinschaft werden, wenn die Gemeinschaft dazu gelangt ist, sich auf sie einzustellen. Die Vorlage über die Schaffung der drei Schuldezentrate wurde angenommen. Die Debatte, die sich auch auf einen Zentrumsantrag über die Berücksichtigung „christlicher“ Personen bei der Auswahl der Mitarbeiter Paulsens erstreckte, soll in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

Sitzungsbericht.

Vor der Tagesordnung wird ein dringlicher Antrag der U. Soz. ohne Erörterung einstimmig zum Beschluß erhoben, wodurch der Magistrat aufgefordert wird, die immer noch ausstehende Vorlage wegen der Wahl von Bürgerdeputierten endlich der Versammlung zugehen zu lassen.

Nach Erledigung der dringlichen Anfrage der Deutschnationalen betreffend den Beschluß des Sportoffiziersratums, der Kleiderverwertungs-G. m. b. H., ein Darlehen von 10 Millionen zu geben, erstattet Tröhl (Dnat. Vp.) den Ausschussbericht über den Antrag Heilmann (Soz.) betreffend die

Ausschusslehrkräfte.

Der Ausschuss hat einstimmig vorgeschlagen:

1. Sämtliche Ausschusslehrer (innen) nach den Grundzügen des Beschlusses der Dienstleistungsgesetze zu befordern mit Rückwirkung vom 1. April 1920.
2. bis zur Regelung ihrer Bezüge den Ausschusslehrkräften einen gleichen Vorstoß von 1000 M. auf ihre Gehaltsnachzahlung zu gewähren.

Nach einem Antrage von Frau Fromm (D. Vp.) soll diese Regelung auch auf die an Mittelschulen tätigen Ausschusskräfte stammende Anwendung finden.

Der Errichtung der Berliner Sitzzentrale wird zugestimmt. Es folgt die Beratung der Vorlage, welche die Schaffung von drei Dezentren für das Volksschul-, das höhere und das Fach- und Fortbildungsschulwesen in der städtischen Schulverwaltung vorsieht. Der Ausschuss hat die Zustimmung einstimmig empfohlen. Dem Ausschuss war auch der Zentrumsantrag überwiesen worden, wonach bei der Auswahl der Mitarbeiter des Oberstadtschulrats auch Personen zu berücksichtigen seien, welche die Anschauungen der Mehrzahl der christlichen Eltern Berlins vertreten, wonach ferner der Oberstadtschulrat anzuweisen ist, Schritte zur grundsätzlichen Umgestaltung des Schulwesens nur mit Genehmigung der Schuldeputation vorzunehmen. Der Ausschuss hat diesen Antrag mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Oberstadtschulrat Paulsen

nimmt diese Beratung zum Anlaß, nochmals seine pädagogischen Grundzüge und Auffassungen und seine schulpolitischen Pläne darzulegen. Er setzt auseinander, daß das bisherige Erziehungssystem trotz seiner Stärke und trotz ihrer methodischen Kunst das Wesen des Kindes innerlich nicht erfüllt habe. Die darin liegende Gefahr sei zunächst von Künstlern wie Xenokrates erkannt und von ihnen

auch der Weg der Umkehr gezeigt worden. In Hamburg habe man vor zwei Jahrzehnten diesen Weg betreten, der zur Arbeitsschule führe. Mensch und Arbeit müssen verbunden werden; „was wir sind, sind wir in der persönlichen und gesellschaftlich notwendigen Arbeit“. Das Kind müsse aus einem Passiv- zu einem Aktivposten werden. Kultur könne nicht gelehrt, nicht mitgeteilt werden, Kultur sei etwas Persönliches, sei innerste Wertung. Die Schule sei auf Gedeih und Verderb mit dem Schicksal unserer Kultur verbunden, sie müsse daher ein Stück des großen Lebensprozesses selbst sein, und es könne sie nur in der Form der Gemeinschaftsschule, die einen selbständigen geistigen und wirtschaftlichen Organismus darstelle. — Selbstverständlich könne eine solche Schule

nicht von heute auf morgen

geschaffen werden; es dürfe aber über den finanziellen Wiederaufbau der inneren nicht veräußert werden, unverständliche Sparmaßnahmen im geistigen Haushalt bringe unerfesslichen Verlust auch im wirtschaftlichen mit sich. Die innere Umstellung könne ohne erhebliche Mehraufwendungen erfolgen und müsse erfolgen. — Der Redner erwähnt dann der zahlreichen Zustimmungen, die kein „Ausruf“ gefunden hat. (Auf der Rechten wird die Rede wiederholt mit Zurufen und Widerspruch begleitet, was auf der Linken wiederholt Gegenüberstellungen hervorruft.) Den Freunden des Antrags Schmidt versichert er, daß das neue Leben der Schule zwar von bürokratischen Einhaltungen unberührt bleiben müsse, daß es aber um so sicherer auf Erfolg rechnen könne, von je größerem Vertrauen der Öffentlichkeit das Unternehmen getragen werde. Die Schule sei von ihrem ureigenen Leben aus

unpolitisch und unkirchlich,

erst die Parteien hätten Politik und kirchliche Interessen hineingetragen. Jeder Mißbrauch der unmißlichen Jugend für politische Zwecke erniedrige die Schule. Redner schließt mit dem Satz: Ohne Glauben an die Zukunft wird es weder gelingen, die neue Gesellschaft zu bauen, noch die neue Schule. (Lebhafter Beifall und Handklopfen links.)

In der anschließenden Erörterung tritt Dr. Salgeberger (S.) nachdrücklich für den Zentrumsantrag ein, läßt an dem vorgetragenen Programm des Oberstadtschulrats scharfe Kritik und prophezeit Herrn Paulsen das Schicksal des Marus.

Dr. Richter (Dnat.) stimmt der Vorlage zu, lehnt aber auch das Paulsenprogramm ab und behauptet, daß der Antrag Schmidt so wenig Anklang gefunden hat; man brauche für die drei Posten unabhängige Männer, die sich, ebenso wie die Versammlung, von dem Oberstadtschulrat emancipieren müßten.

Eine erregte und langwierige Geschäftsordnungsdebatte knüpft sich an die Konstatierung, daß der amtierende Vortrags-Stellvertreter Schwarz der Beisitzerin Frau Denning auf ihren Hinweis, daß auch von rechts Zwischenrufe gefallen wären, erwidert hat, Demonstrationen brauche er nicht. Die Auseinandersetzung findet damit ihren Abschluß, daß der stellv. Vortrags Schwarz den Ausdruck zurücknimmt.

In der Fortsetzung der sachlichen Diskussion führt Lohmann (Soz.) aus, daß seine Fraktion der Auffassung Kirchners über die Auswahl und die Beteiligung der drei Dezentren nicht folgen werde. Der Antrag Schmidt sei aus der Befürchtung entsprungen, daß die christlichen Eltern irgendwie vergewaltigt werden könnten. Gerade bei wirklich auf sozialistischen Boden stehenden Mitarbeitern würden die berechtigten Interessen der christlichen Eltern am besten gewahrt. Eine Gemeinschaftsschule, die wirklich den Gedanken der Gemeinschaft in den Mittelpunkt stelle, werde dann erst zu einer

Schule der Volksgemeinschaft

werden, wenn diese sich auf ein solches Gemeinschaftsbewußtsein eingestellt habe. Beim Werden einer neuen Kultur sei Gewalt immer der ungeeignetste Geburtshelfer; einen neuen Geist könne man ebensoviele wie eine neue Wirtschaftsordnung mit der Fänge zur Welt bringen. Der Antrag des Zentrums lehne die Fraktion ab, weil bei der Auswahl dieser Schulmänner die Konfession keine Rolle zu spielen habe; auch bestünde der Verdacht, daß man zwar in dem Antrag von „christlichen Eltern“ spreche, aber damit reaktionäre Politik meinte. Die Fraktion bringe Paulsen Vertrauen entgegen; er sei nicht der weisfremde Schwärmer, als den die Rechte ihn gern hinstellen möchte.

Auf längere Ausführungen von Rieter (Dem.), der die

Sie gab sich redliche Mühe, und wenn sie im Laufe des Vormittags das Vieh auf die Gemeindeweide trieb, war sie schon müde. Mit der Sonne war sie aufgestanden, hatte gehoffen beim Weiden und beim Zurechtmachen des Morgenimbisses für die Leute, hatte Schüssel und Eimer geschauert und für diesen und jenen Lausdienste getan. Nach dem Mädel wurde dauernd gepfiffen und gerufen, sie sollte Beine für alle haben.

Auf der Weide konnte sie sich's dafür bequem machen... wenn sie bloß achtgab und nicht einschlief. Es war ein ausgedehntes, tiefgelegenes Gebiet in dem hohen Küstenland, wo sich das Grundwasser sammelte, das keinen Ausgang ins Meer fand. Ursprünglich war das Ganze ein See gewesen, der dann im Laufe der Zeit zugewachsen war; wenn das Vieh sich auf dem Grasboden bewegte, geriet dieser in wogende Bewegung, die sich bis weit nach den Seiten hin fortpflanzen konnte. Gräser und Schilf wechselten ab mit Bäten und niedrigen Gruppen von Birken, Eichen und Erlen, wo das Erdreich sich hob; jede kleine Baumgruppe war von einem Kranz von Heidekraut umwachsen. In der Mitte der kleinen Gebüsche war gewöhnlich eine hohe, trockne Stelle; da richtete Stine sich ein, sie machte sich in dem verwitternden Reisig warme Nester zurecht aus trockenem Schilf und benutzte dabei Blumen, Rohrkolben vom vorigen Jahr — und tausendjährige Muschelschalen, die leuchtend weiß auf den kohl-schwarzen Maulwurfsgruben auftauchten. Wenn sie sich auf den Zehen redte, konnte sie oben übers Laub wegsehen und das Vieh beobachten. Das Ganze war kärglich genug, und so richtig behaglich konnte man es sich nicht machen.

Hier und dort lag Torfland. Die Gräben mit den schwarzen Hängen und dem finstern Moortwasser erinnerten an Trauer und Tod, an Erdreich auf schwarzen Särgen, und unterdrückten brutal das zarte, sorglose Geklimmer von Sonnenlicht, kleinen Pflanzen und summenden Insekten. Das ganze Dasein gewann ein Gepräge unzuverlässiger Launenhaftigkeit. Es konnte vorkommen, daß man vor sich hin-trallerte — und dann plötzlich zu heulen anfangte, ohne daß das einem sinnlos erschien, und manchmal hatte das seine Vorteile.

Da war so vielerlei, womit man spielen konnte, und Stine gab sich redliche Mühe. Ihre Nester waren voll vieler-sprechender Gegenstände, die sie fand, wenn sie umherjagte; da waren bunte Vogeleier, schöne Federn und ein toter Maulwurf mit weichem, weißem Fell. Über mit allen diesen

heutige Schule gegen die Unterdrückung durch Paulsen in Schule nimmt, antwortet der Oberstadtschulrat, daß er ein wegwerfendes Urteil nicht gefällt habe. Die alte Schule habe ihre historische Mission erfüllt,

aber eben deshalb müssen um so energischer neue Arbeitsprobleme geschaffen werden. — Die Wahlen der 3 Dezentren sollen nach einem Vorschlag öffentlich ausgeschrieben werden, ein Ausschuss der Deputation solle dann eine engere Auswahl treffen und die Ausgewählten zur Programmentwicklung vorladen.

Nachdem noch Dr. Löwenstein sich in längerem Vortrage geäußert, wird nach 9 Uhr die weitere prinzipielle Beratung vertagt; die 3 neuen Dezentrate werden fast einstimmig bewilligt.

Die Vorlage betr. die Gastwirtschafts-Konzeptionssteuer geht an den Ausschuss zurück; die Uebernahme der Lellower Kreisbahnen wird beschloffen.

Nach Erledigung weiterer kleiner Vorlagen erfolgt gegen 10 Uhr Schluß der Sitzung.

Die verteuerte Eisenbahnfahrt.

Wie man der Siedlungspolitik in den Rücken fällt.

Am 1. Juni wird die neue Erhöhung der Eisenbahntarife auch auf die Berliner Vorortstrecken ausgedehnt. Von da ab kostet in der 3. (bzw. 2.) Wagenklasse eine Einzelfahrt nicht unter 70 Pf. (1 M.), eine Monatskarte nicht unter 25 M. (40 M.), eine Wochenkarte nicht unter 8,50 M. Diese Mindestpreise gelten für Einzelfahrten bis 10 Kilometer, für Monats- und Wochenkarten aber nur bis 7 Kilometer. Für 7—10 Kilometer wird in der 3. (bzw. 2.) Klasse eine Monatskarte (schon 37 M. (55 M.)), eine Wochenkarte 13 M. kosten. In der 3. Klasse hat man dann zu zahlen für Einzelfahrten 3 M. bis Kaulsdorf 80 Pf., Köpenick 80 Pf., Friedrichshagen 90 Pf., Spindlersfeld 80 Pf., Grünau 90 Pf., Zehlendorf-Mitte 80 Pf., Spandau 80 Pf., Tegel 80 Pf., Hermsdorf 80 Pf., Buch 90 Pf. Wer in entfernteren Vororten wohnt, aber in Berlin arbeitet, muß zahlen z. B. bis Strausberg 1,50 M., Erkner 1,20 M., Hirschenwäde 3,50 M., Königsmusterhausen 1,50 M., Jossen 2 M., Potsdam 1,40 M., Rauen 2,30 M., Belten 1,50 M., Dransburg 1,70 M., Bernau 1,20 M. Mit den billigsten Monats- und Wochenkarten kommt man nicht weiter als bis Nichtenberg-Friedrichsfelde, Siedente, Friedenau, Ronau- und Wochenkarten kosten z. B. schon nach Kaulsdorf 40 M. und 14 M., Strausberg 71 M. und 24 M., Köpenick 40 M. und 14 M., Erkner 63 M. und 21 M., Niederlehne 30 M. und 10 M., Spindlersfeld 40 M. und 14 M., Königsmusterhausen 71 M. und 24 M., Hirschenwäde 44 M. und 15 M., Zehlendorf-Mitte 40 M. und 14 M., Spandau 45 M. und 15 M., Tegel 42 M. und 14 M., Belten 71 M. und 24 M., Hermsdorf 42 M. und 14 M., Dransburg 76 M. und 26 M., Bernau 59 M. und 20 M.

Es läßt sich denken, daß die Ankündigung dieser Fahrpreiserhöhungen bei den Vorortbewohnern ein panisches Entsetzen hervorgerufen hat. Zuschriften an uns ergeben sich in den bittersten Klagen darüber, daß die arbeitende Bevölkerung, die in den Vororten wohnt und in Berlin ihre Arbeitsstätte hat, von dieser neuesten Fahrpreiserhöhung aufs härteste betroffen wird. Als Ungerechtigkeit wird es empfunden, daß bei den Wochenkarten die Verteuerung besonders groß ist. Sie kosteten früher ein Viertel der Monatskarten, jetzt werden sie ein Drittel der verteuerten Monatskarten kosten. Der Mindestpreis steigt bei der Monatskarte von 12,50 M. auf 25 M., bei der Wochenkarte aber von 3,20 M. auf 8,50 M. Fährt ein Arbeiter nur morgens und abends, so kostet die Wochenkarte mit 8,50 M. nach 10 Pf. mehr als wöchentlich 12 Einzelfahrten à 70 Pf. mit 8,40 M. In der Wirkung läuft das auf eine Abkündigung der Wochenkarte hinaus. Monatskarten können aber viele Arbeiter nicht nehmen, weil sie nie wissen, wie lange sie die Arbeitsstelle behalten. Bei Bauarbeitern z. B. ist ein häufiger Wechsel der Arbeitsstelle die Regel. Sehr schlimm sind die Arbeiter daran, die sich in weiterer Entfernung von Berlin angesiedelt haben und täglich zu ihrer Arbeitsstelle nach Berlin fahren müssen. Mit am schlimmsten liegt die Sache bei Fernwehnen, das gar nicht mal so sehr weit von Berlin entfernt ist, aber noch keinen Vororttarif hat. Ein Arbeiter zum Beispiel, der vor 2½ Jahren sich in Friedenau ansiedelte, muß täglich zu seiner Arbeitsstelle in Friedenau fahren. Die Fahrt auf der Hiesiger Bahn und Stadtbahn ufm. kostete damals pro

Herrlichkeit zu spielen, lag ihr nicht recht, es kam kein Zusammenstoß zwischen den Dingen in Gang, da es ihr an der notwendigen Phantasie fehlte. Sie hatte keine Zeit zum Spielen gehabt, und nun waren die Quellen in ihr versiegt. Viel Wasser war zum Meere hinabgelaufen, seit Großhagen bloß ein Gesicht auf einen der alten Holzschuhe von Sören Mann zu malen und ihm ein Tuch umzulegen brauchte, damit Stine sofort einen Spielkameraden hatte. Zwischen jetzt und damals lag ein langes, mühseliges Dasein.

So sah sie denn da und sah sich die Dinge an, legte das eine Stück hin, nahm das andere in die Hand — und langweilte sich. Die Frau hatte ihr das Strickzeug mitgegeben; so und so viele Touren sollte sie stricken. Gern hätte sie doppelt so viele gestrickt, und doch verschlug es nicht, um die Zeit herumzukriegen — ihre Finger waren zu flink. Und dann meldeten sich die Gedanken, die triffen Gedanken.

Einsamkeit und Heimweh setzten ihr hart zu, besonders in der ersten Zeit, und oft weinte sie stundenlang. Es verlangte sie nach dem Vater und den kleineren Geschwistern, nach der Flidarbeit für sie, nach allem. Die Sorgen waren es gewohnt, in ihr Einteil zu halten; immer bedrückte sie etwas — ob Pauls Holzschuhe nachgesehen wurden, bevor es zu spät war, und ob Schwester Elise genug zu essen kriegte; sie hatte die schlechte Angewohnheit, beim Essen die Zeit zu vertreiben und sich festzuwickeln, besonders am Morgen. Dann war es plötzlich Zeit zur Schule zu gehen, und eins, zwei, drei mußte sie alles stehen lassen und wegrennen. Oft lief sie auch fort, ohne ihren Schulproviand mitzunehmen; man mußte gehörig hinter ihr her sein. Und der Vater, wenn er es nur nicht gar zu schlecht hatte! Ob er wohl sein tosend-heißes Bier bekam, wenn er von seiner nächtlichen Seefahrt nach Hause kam? Wurden seine Kleider auch ordentlich zum Trocknen aufgehängt?

Stine mußte sich mit alledem beschäftigen — ohne daß es irgendwelchen Zweck gehabt hätte; und in ihrer Ohnmacht weinte sie. Urlaub nach Hause zu bekommen, daran war nicht zu denken; wer sollte dann das Vieh besorgen und all die Arbeit ausführen, die auf sie wartete, wenn sie gegen Abend mit ihm nach Hause kam! Und Nachdruck von zu Hause bekam sie nicht. Dann machte sie sich Gedanken und malte sich das Aller schlimmste aus: Der Vater war ertrunken, oder eins der Geschwister war krank und ohne Pflege. Ihr kleines Herz verblutete ganz zwecklos.

(Fortf. folgt.)

Stine Menschenkind.

III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Regö.

40] Karen vom Bakkehof war nicht entzückt von all diesem Unfuss, und sie hatte anfangs verachtet, einen Dämpfer aufzulegen. Aber da alles nichts half und das Mädchen sonst anständig und gefügig war, nahm Karen es als eine Art Gebrechen hin und gab es auf, dagegen anzukämpfen. Der Vater der Dm., ihr Großvater und vielleicht noch mehrere Verwandten hatten ihr Dasein auf dem Meere zugebracht. Darum war es ja nicht so seltsam, daß das Meer sie lockte.

Abgesehen von diesem einen Punkt lag es Stine nicht, ihren Willen durchsetzen zu wollen. Lars Peters Belohnung, daß sie zu entschieden auf ihrem Recht bestanden und sich dadurch selbst Schwierigkeiten schaffen werde, erwies sich als ganz unbegründet. Stines Tapferkeit lag nicht auf diesem Gebiet, es beherrschte sie nur ein Gefühl: das Verlangen, es ihrer Umgebung, und in erster Linie ihrer Bäuerin, recht zu machen und ihre Pflicht zu tun, so gut sie's vermochte. Ein zorniges Wort oder ein böser Blick genügt, sie in schwarze Verzweiflung zu versetzen und zu bewirken, daß sie sich wie das unmöglichste Geschöpf von der Welt vorkam.

Stine gehörte nicht zu denjenigen, denen man etwas zweimal sagen muß; sie wußte in der Regel Bescheid, bevor man ihr etwas auftrug. Sie kam vom Grunde des Ganzen her — und war darum gewohnt, mehr zu leisten, als mit ihr verlangt werden konnte; es besteht meist ein verhängnisvoller Zusammenhang zwischen den beiden Dingen. Zum Ueberflus war sie von Geburt an darauf eingestellt, anderen zu dienen; alles in ihrem Dasein hatte sich hiernach gefügt, und es verlangte sie förmlich danach, sich nützlich zu machen. Nicht mit Absicht überließ sie etwas.

Und nun sollte sie obendrein Lohn für ihre Arbeit bekommen... sie war erwachsen! Vorläufig war sie gemietet, um das Vieh und die Schafe zu versorgen, und für den Sommer sollte sie Weidewand für ein Kleid, ein Paar Holzschuhe, ein Pfund Wolle, ein Hemd aus Bergleinwand — und fünf Kronen in bar bekommen, wenn sie ihre Sache gut machte. Der Krugwirt hatte das Ganze persönlich in Ordnung gebracht und einen Reichsort als Mietgeld bekommen.

Woche 4,10 M. und 1,90 M., zusammen 6 M., kostet jetzt pro Woche schon 8,20 M. und 3,20 M., zusammen 11,40 M., wird aber künftig pro Monat 78 M. und 34,50 M., zusammen 112,50 M. kosten. Ja, welcher Arbeiter soll denn das noch aushalten?

Man sieht, wie bei der Verteuerung der Eisenbahnfahrten (schliesslich die ganze Siedlungspolitik in Frage gestellt wird. Die Siedlungspolitik, die für die Umgebung Berlins ihre schönen Töne haben, mögen nur wieder einsinken. Bei solchen Eisenbahnfahrpreisen wird kein Arbeiter, kein Angestellter und kein kleiner Beamter sich noch in die weitabliegenden Siedlungen hinauslocken lassen. Eher wird das Gegenteil eintreten: viele Bewohner der Vororte werden nach Berlin zurückstreben. Nur die Unmöglichkeit, in absehbarer Zeit eine andere Wohnung zu finden, dürfte diesen Rückstrom bisher verhindert haben.

Der Eisenbahnkommissar hat seine Zustimmung zur Erhöhung der Tarife der sogenannten „Heidekrautbahn“ (Kleinandorf—Liebenwalde) gegeben. Diese Erhöhung trifft die Berliner Anfuhrer schwer, weil alle bisherigen Vergünstigungen in Fortfall kommen sollen. Die Schülerzeitarbeiten, die Arbeiterwochenfahrten, die Anfuhrermischungen usw. werden befristet bzw. sind schon verschwunden. Es heißt dort wie überall: rückwärts, statt vorwärts! — Die Fahrpreise können sich leider nicht, wie bei der Anhalter Bahn, erhöhen und die oberen Wagensklassen konstatieren, weil es nur 2. und 3. Klasse gibt. Ob es möglich ist, durch Einrichtung von Untereinheiten nach Berlin, Bernau und Oranienburg die Kleinbahn zu dogmatizieren, soll erproben werden; es wird aber schwer sein, weil zahlreiche Gemeinden an der „Heidekrautbahn“ wohl finanziell interessiert sind, die in Bezug auf Tarifpolitik gar nichts zu bestimmen haben. Dazu ist der Staatskommissar da.

Eine Entführung vor dem Sondergerichte.

Der Roman eines Mädchens von heute.

Eine Entführungsgeschichte mit — Handgranaten- und Pistolenbegleitung liegt einer Anklage wegen gemeinschaftlichen versuchten schweren Raubes zugrunde, die in mehrkräftiger Verhandlung unter Vorsitz des Landgerichtsleiters Dr. Stelzner das Sondergericht bei dem Landgericht II beschäfftigt. Angeklagt sind der frühere Reichswehresoldat Albert Haber, der Architekt Hubert Banelli und der Koch Bernhard Risch.

Die Hauptrolle in dieser höchst eigenartigen Entführungsgeschichte, die genähtend Stoff für einen modernen „Sittensfilm“ liefert, spielt die jetzt 23jährige Hedwig B., die Tochter eines Einwohnern von Sperenberg. Mit dieser war vor circa 2 Jahren der jetzige Knechtsgast Haber verheiratet. Das Pärchen wurde in Pommern ermittelt, wo Haber wegen Entführung einer Minderjährigen verhaftet wurde. Das Verbrechen wurde jedoch wieder eingestrichen, da die B. angab, sie sei freiwillig geflüchtet. Die B. kehrte in das Elternhaus zurück, während sich Haber arbeits- und wohnungslos in Berlin herumtrieb. Wie sich erst später herausstellte, gewann F. eine unheimliche Macht über das Mädchen, die offenbar in das Gebiet der Suggestion hinübergreift. Haber feuerte dem Mädchen überall auf und zwang es unter allerlei Drohungen, ihm vollkommen zu Willen zu sein. Ohne ihren Eltern davon Mitteilung zu machen, ließ es die B. geschehen, daß ihr der Angeklagte die silberne Handtasche wegnahm und versetzte, daß er ihr sogar die letzte Mark aus dem Portemonnaie nahm und sie schlug, wenn sie das nächste Mal kein Geld mitbrachte. Haber erhielt auf diese Weise in verhältnismäßig kurzer Zeit von der B. 16 000 Mark, die er in Berlin verjubelte. Als die Geldquelle zu versiegen drohte und die B. trotz aller Drohungen kein Geld mehr heranschaffen konnte, kam Haber, wie die Anklage behauptet, auf den Gedanken, in kommunistischer Manier einen Uberschall auf das einstmalige gelesene Grundstück des Vaters der B. in Sperenberg zu verüben. Tatsächlich fand er auch durch Vermittlung der Mitangeklagten Banelli und Risch zwei Chauffeurs, die sich bereit erklärten, für 800 Mark nach Sperenberg zu fahren. Am Gründonnerstag, den 24. März d. J., wurde dann diese Entführungsgeschichte in Szene gesetzt. Haber mußte jedoch nicht, daß sich die B. lebighlich auf Ratraten ihrer Eltern mit der angeblichen Entführung zum Schein einverstanden erklärt hatte. Als Haber, nachdem er das Auto auf der Chaussee hatte warten lassen, sich an das Grundstück heronäherste, stieß er auf den erwachsenen Sohn des B., der mit einem Jagdgewehr auf Posten stand. Haber feuerte sofort auf den jungen B., der ebenfalls Feuer gab. Als F. sah, daß das Unternehmen, bei dem auch eine Handgranate eine Rolle spielte, mißglückt war, rosten alle fünf mit dem Auto in Richtung Berlin davon. Inzwischen war jedoch nach sämtlichen Dörfern in der Umgegend telephoniert worden und in Clausdorf konnte das Auto angehalten werden.

Mit Rücksicht auf die augenblicklich herrschende Unsicherheit in der Umgegend Berlins hielt die Staatsanwaltschaft diesen Fall für geeignet, einer besonders schnellen Aburteilung entgegengeführt zu werden und verwies die Sache deshalb an das Sondergericht. In der Verhandlung bestritten alle drei Angeklagten, einen Raubveruch beabsichtigt zu haben. Von den Verteidigern wurden eine Reihe von Bemeisniträgen gestellt, die das Gericht vor die Notwendigkeit brachten, einen Lokalktermin am Tatorte abhalten zu müssen. Dieser fand gestern in Sperenberg statt. Die Verhandlung wird heute fortgesetzt.

Dielezauber.

Eine schwere Gefahr für die männliche Jugend bilden gewisse Dienen, die in der ganzen Stadt wie Pilze aus der Erde schießen. Das Drogenmittel für diese gefährlichen Stätten ist die „Fleige der Freundschaft“. Diese Freundschaft bildet aber nur den Deckmantel für ein ganz verwerfliches und schamloses Treiben. Der Kriminalpolizei haben eigene Beobachtungen und Anzeigen Veranlassung, hier jetzt scharf einzugreifen. Wenn die Betribe im fließenden Gange sind, erscheinen jetzt bald hier bald da plötzlich Kriminalbeamte in einem größeren Aufgebot und halten gründliche Kustierung. Alle Gäste unter 18 Jahren werden nach dem Polizeipräsidium gebracht. Gegen sie wird unter Umständen sofort die Anklageerziehung eingeleitet. Die älteren Gäste werden ohne Ausnahme festgesetzt. Auch sie erwartet ein peinliches Kassepiel in den Strafprozeß, die gegen die Wirthe der Dienen wegen Ruppel anhängig gemacht werden.

Einen guten Rang machte die Kriminalpolizei gestern bei der Festnahme eines Kakaobdiebs am Wedding. Einer der Gäste verlor sich in einschlafen, obwohl er sich mit scheinbar vollständigen Papieren ausweisen konnte. Das machte ihn um so verdächtiger. Man erzwang ihn noch, als er zum Fenster hinauszuflüchten war, und brachte ihn gleich nach dem Polizeipräsidium. Hier erkannte man in ihm einen herbstlichen Geschäfts- und Geld- Frankfurter von der Art, die Seefeld wieder, der kürzlich aus dem Justizhaus in Rönneburg entwichen war. Der Ausreißer war gleich nach Berlin zurückgeführt, wo er früher einer der sogenannten Weddingkolonnen angehörte.

Großfeuer in der Frankfurter Allee.

Gestern nachmittag kam aus noch nicht ermittelter Ursache in der Rastattler Allee 74 bezw. Jungfernhähe 44, in einem Gebäude, ein Brand zum Ausbruch, der die Wehren von Lichtenberg und Berlin stundenlang bedauerte. Als der Brand bemerkt wurde, schlugen die Flammen schon heiß aus dem Dache des Schaufenstors. Dieser Qualm flanderte schon von weitem einen großen Brand an. Als die Berliner Feuerwehr unter Leitung des Brandintendanten Manninger mit den Zügen 7 und 20 an der Brandstelle erschien, war die Lage recht heillos für die angrenzenden Gebäude.

Sofort wurde der Angriff mit mehreren Schlauchleitungen über die total verqualmten Treppen und über eine mechanische Leiter eröffnet. Branddirektor Grog, der mit der Lichtenberger Feuerwehr wenige Minuten später erschien, ließ vier Schlauchleitungen vornehmen und kräftig löschen. Den vereinten Anstrengungen gelang es, um 4 Uhr die Gewalt des Feuers zu brechen. Die Lichtenberger Feuerwehr übernahm die vollständige Ablösung und die Ausräumung der Brandstelle. Der Dachstuhl ist mit dem gesamten Inhalt der Bodenverbrüche ein Haus der Flammen geworden. Die Geschosse im vierten Stock haben durch Feuer und Wasser gelitten. Einzelne Wohnungen sind unbewohnbar geworden. Noch nicht aufgeklärt ist es, wie das Feuer unbemerkt am hellen Tage eine solche Ausdehnung erlangen konnte.

Bezirksversammlungen.

Die Bezirksversammlung IV (Prenzlauer Tor) hatte sich mit der Neuwahl der besoldeten Stadträte zu beschäftigen. Es wurden zugewählt (Der Bürgermeister John war bestätigt): als stello. Bürgermeister Bauer (SPD.), als besoldete Stadträte Weber (SPD.), Rosemann (USPD.), Friedländer (USPD.), Schneider (Vollsp.) und Dr. Hüner (fraktionslos). Die Deutschnationalen erhoben nach der Wahl Protest, daß sie ausgeschlossen wurden und behaupteten, daß dadurch große Teile der Bevölkerung des Bezirks entrecht worden seien. Eine neungliedrige Kommission soll sich mit der Vorberatung über die Zahl der zunächst zu bildenden Verwaltung-Deputationen und deren Zusammensetzung beschäftigen. Zwei Anträge der SPD., die verlangten, daß die Armenunterstützungssätze mindestens um 100 Proz. erhöht und daß den Hospitalkosten und Inassen von Heimstätten an gemessene Talschengelder gewährt werden, wurde nach entsprechenden Erklärungen der Fraktionen einstimmig angenommen. Einem Dringlichkeitsantrag, der besagt, daß die noch nicht ausgelieferten Restbestände von Hausbrandkohle auf die neuen Kohlenarten nach Vorzeigung der alten Kohlenarten nachzuliefern sind, wurde ebenfalls zugestimmt.

Im Bezirk XI (Schöneberg, Friedenau) nahm die Verammlung den Bericht des Ausschusses über die Bildung der Bezirksdeputationen entgegen. Bis zur Wahl der Bürgerdeputirten tagen die Deputationen in der Zusammenlegung von Bezirksamtsmitgliedern und Bezirksverordneten. Der Vertretung der Deputationsmitglieder hat das Bezirksamt aus rechtlichen Gründen jedoch nicht zugestimmt. Insgesamt wurden 12 Deputationen beschloffen, so daß das Bezirksamt wieder arbeitsfähig ist. Ein Vorstoß des Aeltestenrats der Stadtverordnetenversammlung, die Bezirksverammlungen einheitlich des Mittwochs abzuhalten, wurde gegen die sog. Stimmen abgelehnt. Einen Antrag unserer Genossen, betr. die Verbesserung des Verkehrs nach der Siedlung Lindenhof, begründet Genosse Kolpar, und bezeichnete es als Krähwinkeln, daß die Linie 50 bereits abends um 8.46 die Fahrt einstellt. Sonntags fährt der erste Wagen um 11.45 nach der Siedlung, also bis mittags ist keine Verkehrsmöglichkeit, trotzdem in der Siedlung bereits 2000 Menschen wohnen und zwei Friedhöfe in unmittelbarer Nähe liegen. Nach einer längeren Aussprache, in der alle Parteien die Zustände verurtheilten, wurde unser Antrag, sowie auch der, die Linie 40 durch die Rubensstraße nach dem Krankenhaus durchzuführen und dementsprechende Schritte einzuleiten, einstimmig angenommen. Ein von Donziger begründeter Antrag, künftighin keine Konzessionen an Bors, Dampfer und ähnliche Unternehmungen zu erteilen, wurde einstimmig angenommen.

Ueber unseren Genossen Stadtrat Koblenzer hatte im besonderen die bürgerliche Presse unrichtige Nachrichten verbreitet. Das Rasch-
richte n a m t des Berliner Magistrats teilt jetzt dazu mit: „Die
Gemeindeführung, wonach Stadtrat Koblenzer neben seiner Tätigkeit
als befohlener Stadtrat von Berlin sich noch in befohlener Stellung
als Leiter der Tankower Oriskantenkasse befindet, ist u n r i c h t i g.
Demgegenüber läßt Stadtrat Koblenzer feststellen, daß er seit No-
vember 1920 befohlener Stadtrat ist und nur während einer kurzen
Übergangszeit auch noch seine befohlene Tätigkeit als Krankenkassen-
leiter ausübt hat. Er ist seit dem 1. Januar 1921 ohne
Behalt aus dieser Stellung beurlaubt und hat die
Krankenkasse benachrichtigt, daß er in die Stellung nicht zurückkehrt,
vielmehr seine förmliche Entlassung nachsuche.

„Königlich“ mit Einschränkung. Nachdem vor mehr denn zwei Jahren die Generalintendantur der königlichen Staatstheater in eine Generalverwaltung der Staatstheater umgewandelt wurde, sucht man das „Königlich“ (wenn auch mit Einschränkung) beizubehalten. Vor und liegt ein Briefumschlag mit folgendem Stempelabdruck: „General-Intendantur der früher kgl. Schauspiele“. Wie und mitgeteilt wird, soll dieser Stempel erst vor kurzem angefertigt sein. Es wird Zeit, daß diesem Umzug mit dem „Königl.“ nun bald ein Ende gemacht wird.

Eine Neuauflage des Reichs-Kursbuches erscheint am 1. Juni zum Preise von 32 M. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen entgegen. Wegen der Sommerferien bei der Verfassung des Kursbuches wird eine frühzeitige Bestellung empfohlen, weil sonst möglicherweise auf Lieferung nicht zu rechnen ist.

Neustädtn. Gerolste Plarrer Pte. Pichonowski spricht am Sonntag, den 17. April, vorm. 10 Ubr., in der Philip-Melanchthon-Kirche (Arnoldstraße 16) anläßlich des Lutherjubiläums über das Thema: „Zur Freiheit bindet“.

Groß-Berliner Parteinarichten.

Heute Freitag, den 15. April:
Kreis Heiliges Los. Mittagsfeier in der Jugendbewegung, 7 Uhr im Jugendheim Lindenstraße 3, wichtige Zusammenkunft. Vortrag: „Jugend und Partei“.
Jugendallianzen. Gruppe Markow. 7½ Uhr in der Gemeindefschule Tuthofer Straße 6-9. Vortrag über die Einzelhause. Ref. Artur Denkhof.
Gruppe Riettersfeld. 7½ Uhr im Jugendheim Albrechtstr. 14a. Unterhaltungabend.
Gruppe Dornshof. Im Jugendheim Roonstraße, 7½ Uhr. Vortragabend.

Morgen, Sonnabend, den 16. April:

17. Kreis. Tichtenberg. Unsere Jugend versammelt am Sonntag, den 17. April, nachmittags 3 Uhr, im Loden-Rasino, Anner-Promenade, eine Frühlingsfeier, wozu die Schulklassen und Jugendlichen besonders eingeladen sind. — Das Sekretariat der SPD. befindet sich jetzt in der Rieberdornimstraße 3.

Zusammenfassende Veranstaltungen.

Freitag, den 15. April 1921:

Das Jugendferienziel bleibt heute infolge Trauertages für den Genossen
Einmütig geschlossen.

Abfahrt: Sonnenbergsstraße, Vortrag: „Kohlensamen und Tuberkulose“.
— Charlottenburg, Köpenicker 4, Vortrag: „Was ist Sozialismus?“ — Altsiedler-
werkstätten, Schule Karlsh. 4, Vortrag: „Der Friedensvertrag von Ver-
sailles“ — Berlin, Neolluise Volkshaus, Diskussionsabend (letzte Nummer
der „Arbeiter-Jugend“) — Offen, Schule Strömstraße, 6. Diskussionsabend:
„Soll die Arbeiterjugend parteipolitisch?“ — Rosenfelder Vorflutstr. Schule
Friedrich Str. 4-12, Mitgliederversammlung. — Guben, Schule Brangel-
straße 128, Mädchenabend.

Eine Kibbushunterkunft findet am Sonnabend um 7 Uhr im Zentralfriedhof-
heim Einkehrplatz statt.
Der Zentralfriedhofheim bleibt am Sonntag geschlossen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Besten Arbeiter-Schulhaus, Abt. „Gelsen“. Die Abteilung eröffnet heute im Lokal von Rössler, Dogenbergstr. 20a, ihren dritten Sozialabend. Der Hauptzweckabend befindet sich Donnerstags im Lokal von Geiseler, Waldemarstr. 82. Zweite Sozialabende in Dionsien im Lokal von Schulze, Bessertorstr. 16, Anfang 7 Uhr. In allen Abteilungen wird kostenlos Unterricht zu-

leilt, Nahrungsmittel und Schachliteratur haben kostenlos zur Verfügung. Anfragen richtet man an Hrn. Scholz, S. 42, Bollwerstr. 18. — Internationaler Bund der Kriegeraspiranten (Deutschland). Freitag, 7 Uhr, Schulaula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstraße. Versammlung sämtlicher Kriegeraspiranten. — Spandauer Schwertriebschützige. Versammlung aller Schwertriebschützigen. Die Anwesenheit auf Aufforderung der Feuerungsanlagen erheben haben, am Sonntag, den 17. April, vormittags 10 Uhr, in der Schulaula Berlin A., Triftstraße, Ecke Rühlstraße. — Bund religiöser Sozialisten. Freitag, 7 Uhr, Tagung am 18. April, abends 8 Uhr, bei der Oranien-, Schillerstr. 47. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Anner über die Frage: „Gibt es einen Gott?“ 2. Ansprache.

Aus aller Welt.

Nieslige Waldbrände in Oberschlesien.

Seit Donnerstag mittag wüthete in den Fürstlich Donnerstädtschen und den hiesigen Forsten zwischen Hindenburg und Rakoschau ein großer Waldbrand, der bei dem herrschenden Südwestwind einen solchen Umfang annahm, daß unübersehbare Waldbestände dem Brande zum Opfer gefallen sind. Sämmtliche Orts-, Bezirks- und Grubenfeuerwehren des Kriess Hindenburg sowie die französische Besatzung aus Hindenburg befinden sich an der Brandstelle, um ein weiteres Umsichgreifen des Brandes zu verhüten. In der Hauptsache ist die Tätigkeit der Feuerwehren auf die Erhaltung der in unmittelbarer Nähe der Brandstelle befindlichen Gruben, des Oelbrunnens und der Grubenruhr, beschränkt, da bei dem furchtbaren Qualm dem Feuer nicht beizukommen ist. Wie verlautet, sollen infolge des Qualms mehrere Feuerwehrleute und zwei Kinder erstickt sein. Der Schaden beziffert sich schon jetzt auf mehrere Millionen deutsche Mark.

Die Schlagwettersexplosion auf der Steinkohlenseche Konstantin der Große ist nach den vorläufigen Ermittlungen bei Bochum im Flöz Sonenschein entstanden. Das Flöz ist an der Unfallstelle frucht und entwickelt Kohlenstaub daher nur in geringem Maße. Da mehrere Strebbaue in dem Flöz eine Verwerfung erreicht haben, muß angenommen werden, daß die Schlagwetter an dieser Gegendstörung unerwartet anstraten. Soweit dieses bisher festgestellt werden konnte, ist ein Sprengschuß nicht die Ursache der Entzündung gewesen.

Ein grausamer Mth. In Pöthen bei Upolda erschof der Land-
mirt Wohlgezogen sein achtfähriges Enkelkind, verletzte seine
Schwiegertochter am Kopfe schwer und erschof sich in der Scheune,
nachdem er diesel in Brand gesteckt hatte.

Englisches „Kuriergepäck.“ Auf dem Westbahnhof in Wien wurde dieser Tage der englische Soldat John Robertson und die Engländerin Miss Alice Verin, sowie der angebliche Korrespondent des Londoner „Manchester Guardian“, William Germain und der Dolmetscher Baumann verhaftet, als sie in vier Säcken angebliches Kuriergepäck aufgeben wollten. Die Säcke waren durchweg mit Amtsstiegeln versehen. In ihnen befanden sich nicht weniger als 26 000 000 österreichischer Kronen, welche nach Deutschland geschmuggelt werden sollten. Weiter wurde der angebliche Übersetzer Charles Rappard, der sich für einen Kurrier der Gefandtschaft in Bern in der Schweiz ausgab, kurz vor der Abfahrt des nach der Schweiz abgehenden Zuges verhaftet. Bei Rappard wurden achtzehn Kilogramm Gold, meist in Barren und in Bruchgold, sowie in Münzen gefunden.

Sport.

Rennen zu Karlsborh. Trotz schlechten Wetters hatte die Bahn gestern einen recht guten Beisatz aufzuweisen. Die Rennen verliefen ohne nennenswerthe Zwischenfälle und ergaben folgende Resultate:

1. Grunmügelungsdrückerinnen: 1. Gollitsch (Zitzl).
2. Tur (Robinson). 3. Neveler (Zitzl). Tot. 19: 10, Pl. 17, 29: 10. —
2. Annatal-Baderinnen: 1. Gollitsch (Zitzl). 2. Kaiserstatter
(Gardel). 3. Tombrus (Koch). 4. Berner Hefen: Erich G., Schellong,
Schönlicht, Wimmer. Tot. 18: 10, Pl. 18, 23, 23: 10. 5. Berner Hefen: Erich
G., Schellong, Schalligkei. 6. Wimmer (H.). — 3. Preis von
Straßsee: 1. Julia (L. Werber). 2. Lohla (Diemar). 3. Sante
Martin (Wibon). Tot. 18: 10, Pl. 14, 18: 10. — Berner Hefen: Boltsch, Biner.
4. Preis v. Eggerstori: 1. Loko (Duchels). 2. Doriella (Robinson).
3. Merck (Roh). Tot. 20: 10, Pl. 14, 15: 10. — Berner Hefen: Coana, Gerv.
5. Duderstod-Ausgleich: 1. Pamel (Dr. Dirrig). 2. Demetrius
(R. v. Selbig). Tot. 19: 10. — 6. Preis von Kollspöhen: 1. Weh-
mann (H. Zentheil). 2. Max Anton (Krupke). 3. Koldirnie (Wibon). Tot.
109: 10, Pl. 22, 18, 17: 10. Berner Hefen: Benkon, Pava, Kolpantin. 4.
— 7. Preis von Schwane: 1. Wolfenstüber (Helsenberg). 2. Hae-
follen (Halper). 3. Leonie (Wienler). Tot. 33: 10, Pl. 18, 20, 31. Berner
Hefen: Jinnländer, Gou, Corona, Ditz, Seest.

Schnupspiegel gegen Reichswehr. Am Sonntag, den 17. April, vormittags 10 Uhr, wird auf dem Tennis-Platz in der Nähe des Reichstages, ein Aufhailwettbewerb der Schnupspiegel Berlin gegen Reichswehr ausgetragen. Als Vertreter der Schnupspiegel tritt die erste Mannschaft der Abteilung Preussischer Tor der Gruppe Mitte an, die von sämtlichen Vorgesetztenstellungen aus die Rekrutierung im Fußball an führender Stelle stellt. Die Reichswehr stellt als Gegner eine Spielkarte Mannschaften des Reichswehrregiments 5, Heiter von Mollenburg, vom Bezirk 2. Beide Mannschaften zeigen ein technisch gutes flüssiges Kombinationsspiel. Dem Ausgang des Kampfes kann daher mit Spannung entgegengefeuert werden.

Spiele der Märkischen Spielvereinigung. (Mittl. d. Arbeiter-Turn- und Sportbundes.) **Rachm. 47, Uhr:** Union-Weigert in Pankow, Pichlerwerder Str., Gemeindeparkplatz. Teutonia-Weiser-Berlin Schönbauer Allee, Grezlerplatz. Wander St.-Pantenburg, dabei an der Pflaizer. Belten - Roodt 91 in Belten, Böckwitz. Dramenburg-Gildeband in Dramenburg, Bärenklauer Allee. Freiheit-Paula in Bittenberge. Adler-Charlottenburg in Pankow, Andreas-Hof-Platz. Pommigold-Bistritz-Oberkühle in Hennigsdorf, Heilbr. Pottuna-Greifswalderei in Seelm, Straßburger Str. Spandau-Halle 13 in Spandau, Grezlerplatz. Alt-Bienende-Freizeit-Niederlehme in Alt-Bienende, Riechberg Neu-Jittau-Nichte 14 in Neu-Jittau, Spreedorfer. Wahlst.-Lichtenberg 21 in Wahlstede, Gellmutter Str. Kanfwis-Ludenmühle 3 in Kanfwis, Stern-Liebbin in Parzemeide, Dorfstr. 41. Votsdam-R.S.G. in Votsdam-Dornke, Heines Dornkeher, Heid. Lettow-Jeslendor - Prob-Fries in Jeslendor, V. Mitternabe - Stegig in Mitternabe, hinter der Koppelstr. Brandenburg a. d. H. - Dadenhof in Brandenburg a. d. H., Rusterwieje. - Rachm. 47, Uhr: Spiele der 2. Rammhollen.

Arbeiter-Kabfahrer-Berein „Graf-Berlin“. Sonntag früh 7 Uhr Sand-
hausen bei Oranienburg. Nachmittags 1 Uhr Birkenwerder (Japan).

[illegible]

Geschäftliche Mittheilungen.

Wenigerverteilung! Einer der milden Befallen Schmäcker am Meissen ist unvorsichtig die Mone. Da sich dieses Ungeheuer aufordentlich schmeckt und wohl vermischt, so muß in einer geordneten Wohnung dem Teufel ein kleiner Stuhl mit einem durchgehenden Mittel eingegeben werden, damit er weniger auf das frische Infekt tritt. Der Herr Rindorf.

Wirtschaft

Merkwürdiges aus dem Reichswirtschaftsrat.

In der letzten Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats knüpfte sich nach dem offiziellen Bericht eine längere Erörterung an folgende Anfrage Bieblers und Genossen:

„Verschiedene Preisprüfungsstellen und Landesbehörden haben über die Verordnung vom 25. September 1915 hinaus die Anordnung getroffen, daß der Einzelhandel gezwungen ist, jeden im Schaufenster ausgestellten Gegenstand mit dem Verkaufspreis zu versehen. Eine derartige Verordnung läßt sich in vielen Geschäftszweigen und Geschäften nur durch viel unnützen und kostspieligen Zeitaufwand (1) durchführen, in mittleren und größeren Geschäften und in vielseitigen Warenzweigen überhaupt nicht erfüllen. Andererseits führt der Preisausschlag im Schaufenster wieder zu einer Verwirrung der Bevölkerung, und es schließt sich jedes richtige Urteil über die Angemessenheit oder Uebertreibung des Preises aus, weil ja die Preise im Einzelhandel lediglich in die Erscheinung treten, nicht aber ihr Entstehen nachweisen. Wir sind der Ansicht, daß die vorgenannte Anordnung gegen die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung verstößt, das Verlangen der Preisprüfungsstellen also als ungesetzlich zu betrachten ist. Welche Auffassung vertritt die Reichsregierung?“

Der Vertreter der Regierung beschränkte sich darauf, zu erklären, daß ein Rechtsvorstoß nicht vorliege. Der Ausschuss kam zu der Ansicht, daß der Preisausschlag im Schaufenster unangemessen für den Verbraucher, dem eine Nachprüfung der Angemessenheit der Preise nach dem Augenschein doch unmöglich bleibt, äußerst kostspielig und daher auch preisverhöhend für den Verkäufer und profitlich für den Käufer gar nicht durchführbar sei. Die Kontrolle erfordert ein unverhältnismäßig großes Polizei-

aufgebot (1) und sei auch dann noch kaum wirksam zu gestalten. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, die Regierung um eine Nachprüfung zu ersuchen, ob angesichts der angeführten und anderen Mißstände die Verordnung vom 25. September 1915 abänderungsbedürftig oder ganz zurückzuziehen ist; ergibt die Prüfung, daß die Verordnung weiterbestehen sollte, dann sei eine Abänderung über den Preisausschlag im Schaufenster zu erwägen. Doch sollten bei Aufhebung dieser Vorschriften Preisbezeichnungen in Chiffren für Gegenstände des täglichen Bedarfs verboten werden und nur Preisbezeichnungen in Zahlen zulässig sein. Auf eine Anfrage über eine Revision des Preisprüfungsstellenwesens gab der Vertreter der Regierung die Auskunft, daß darüber Erwägungen im Gange seien.

So der halbamtliche Bericht. Aus dem Antrag der Händler spricht das Bestreben, die Ueberreste der Preiskontrolle zu beseitigen. Der Reichswirtschaftsrat stimmt dem unter Vorbehalt zu. Obwohl der wirtschafts- und sozialpolitische Ausschuss auch wort- und schriftgewandte bürgerliche Vertreter des Gemeinwirtschaftsgedankens birgt, scheint niemand auf den Gedanken gekommen zu sein, wie sehr das Vergehen gegen den Preisausschlag den gemeinwirtschaftlichen Interessen widerspricht. Bisher war es eine im Namen der Gemeinwirtschaft veritane Forderung, daß die Händler allmählich dazu gebracht werden sollten, alle Waren unter Qualitätsbezeichnung mit einer Preisangabe auszustellen, um so den Käufer vor Uebervorteilung und Schund zu schützen. Jetzt kommt der Kleinhandel, und der Reichswirtschaftsrat bestärkt ihn, daß ein Preisausschlag die Ware verteuere! Mit dieser Begründung müßte man die Abschaffung der Schaufenster verlangen, die in einer Großstadt allein Millionen, wo nicht Milliarden jährlich auf Kosten des Käufers verschlingen! Dieser Grund ist also ebensowenig stichhaltig wie die ängstliche Sorge, daß die Polizei zu sehr belastet wird.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat leistet sich in letzter Zeit überhaupt merkwürdige Dinge. Obwohl er dazu eingesetzt ist, in dringenden Fragen selbst die Initiative zu ergreifen, verwies er — wie wir berichteten — den Antrag Bieblers zur Förderung der Banalität — an die Regierung zur Prüfung! Dabei handelt es sich um eine Frage, die von grundlegender Bedeutung für die nächste Zukunft ist. Sollte der vorläufige Reichswirtschaftsrat, der nach außen hin sich nicht gern als „vorläufiger“ bezeichnet und erst im letzten Jahr mit Pomp und Glanz seine Geburt als „erstes Wirtschaftsparlament der Welt“ feierte, etwa heute schon an Weltschmerz leiden?

Der Stand der Reichsbank. Wie der Ausweis der Reichsbank vom 7. April erkennen läßt, ist in der Berichtswache eine ansehnliche Entlastung der Anlagelasten eingetreten. Die bankmäßige Deckung — das sind die Bestände an Wechseln, Schecks und diskontierten Schatzanweisungen — hat sich um 9643,5 Millionen Mark auf 57 159,1 Millionen Mark verringert; die gesamte Kapitalanlage ist um 9628,1 Millionen Mark auf 57 394,3 Millionen Mark zurückgegangen. Gegenüber der starken Vermehrung von umlaufenden Zahlungsmitteln in der Vormache ist diesmal ein geringer Rückgang des Umlaufs zu verzeichnen. Der Banknoten-umlauf sank um 182 Millionen Mark auf 69 235,2 Millionen Mark, der Umlauf an Darlehensscheinen um 166,5 Millionen Mark auf 10 001,4 Millionen Mark.

Der Freihandel in Rußland. Nach näheren Instruktionen, die das Allrussische Zentralerziehungsinstitut zur Handhabung des Freihandels-Dekrets erläßt, ist für den Freihandel, der nur auf bestimmten Plätzen gestattet ist, in jedem Fall eine besondere Erlaubnis nachzusuchen. Der Handel auf Plätzen und in geschlossenen Räumen darf von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends stattfinden. In Moskau sind dreizehn Märkte zum Handel bestimmt. In den Bahnhöfen, in den Lebensmittelgeschäften und in den Theater-Restaurants ist der Lebensmittelhandel freigegeben. (D.C.)

Tiefbewegt durch so viel Liebe und Verehrung, welche wir von allen Seiten bei unserem unermesslichen Verlust erfahren haben, sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus.

Berlin, den 12. April 1921.

Anna Foerster geb. Adlon
Louis Adlon, Frau und 5 Enkel
Gustav Neumann

M/11

Nur sehr kurze Zeit Turmstr. 19

Im Ausverkauf des Riesenfachlers einer der größten Hamburg-Berliner Export-Eselschäften in Textil-, Hausstand- und Lederwaren usw. laut Anmeldung beim zuständigen Polizeirevier, wird alles mit Verlust von 30% bis 50% abgestoßen.

Auszüge aus der Preisliste:

Herrn-Sacco-Anzüge, la Verarbeitung, keine sogenannt. Entlassungsstücke, gute Wollstoffe	Mk. 325,-
Reinschöne Damenjacken, hübsche Farben	170,-
Damen-Strümpfe, reine Schappseide, auch Verstärkung Seide	48,-
Damen-Strickhandschuhe	per Paar 2,-
Damen-Trikothandschuhe	12,30
Herrn-Trikothandschuhe	13,30
Elektrische Diskusbügeleisen, Friedensqualität, la Ware, 1 Jahr Fabrikgarantie, einschließl. 2 m Zuleitung	82,50
Kompost-Teller (Glas) 11 cm Mk. 1,-, 13 cm	—,45
Rein-Aluminium-Kaffeetöpfe, la Ware	—,50
Rein-Aluminium-Bestecke (Messer u. Gabel), per Paar	5,75
Weck-Uhren, kein Eisenwerk	28,-
Rasierapparate mit Etui und 3 Klingen	4,50
la Prismenklarer, 6fache Vergrößerung, la elegantem Lederetui, vorzügliche Optik	455,-
Fernrohr beispiellos billig, Lederwaren, unecht. Schmuck, Grammophone	

Vergleichen Sie Qualitäten und Preise mit ganz Berlin.

Turmstraße 19. — Der weiteste Weg lohnt!

Abschneider - Brunn.
Selbstschneid. sieben
ohne Grab. Brunn.
Bar. Queller. a. jeder
Zier direkt a. d. Erde.
30. Preisliste gratis.
A. Schepmann, Pumpen-
fabrik, Berlin 159,
Chausseestraße 88.

500 Paar Stiefel
verkauft. Paar 6,-, Reet,
Gründel, Goldmantelstr. 6.



D. R. G. M.
Ich kaufe, ohne z. handeln.

Gold-
Silber-
Platin-
Double, Uhren
Brillanten

zum
Auslandskurs

Zahngelasse b. 8000 M.
Zähne II bis 300 M.

H. Wiese
Artilleriestr. 30
Tel. Nord. 1630
Tel.-Adr.: Plattenwiese

Möbelfabrik Hoffmann
Eingerichtete Wohnstube mit
beständiger Heizung
Berlin, Krautstraße 52

Bilanz am 31. Dezbr. 1920

	Stille	92
Raffinieröl	2750,00	
Waren	89 000,-	
Materialien	89 572,-	
Maschinen	17 000,-	
Fischerzeug	4 200,-	
Utenilien	6 000,-	
Debitoren	80 133,-	
Forderungen an Waren-Rn.	1,-	
Bank	129 383,01	
Geldern	770,-	
Wucher und Mobelle	1,-	
Rente Duhis	1,-	
Routen-Rente	250,-	
	408 171,50	
Passe	92	
Kreditoren	94 967,-	
Wucher-Rente	1 000,-	
Debitoren-Rente	298 879,20	
Interessen-Rente	30 000,-	
Referenzen	765,00	
Wucherer-Rente	1 082,00	
Gewinn, Bortrag	14 518,11	
	408 171,50	

Am Anfang des Jahres waren
30 Genossen vorhanden. Ein-
getreten sein Genosse, ausge-
treten keiner, müßte man am
Schluß des Jahres noch 30 Ge-
nossen vorhanden mit einer
Geldsumme von 1000 M. Das
Geschäftsverhältnis haben sich
verändert und nicht verändert.
Der Vorstand
Karl Schmidt Wilhelm Renger

Metallbetten
Stahlrohrmatratzen, Kinder-
betten, Polster an jeder Mann.
Polster in Eisenmöbelfabrik
Suhl in Thür. 82/13

Blaffen
Brunn
mit taubem Teint erlangen
rosige, bühnendürftige Ge-
sichtsfarbe durch „Jugend-
rose“, das einzige Wange-
rot v. lebenswahrer Natür-
lichkeit. Fl. M. 7,50 u.
M. 12,-. Creme Korallin,
Naturlippenrot, verschaft
Rosenlippen v. wonniger
Weichheit. M. 2,-.

Ono Reichel, Berlin 43
50, Eisenbahnstr. 43

Adler, Ideal
Continental
Mercedes, Under-
wood, Erika, Ce-
rona u. a. schon
von M. 2800,-
an lieferbar!
Lagerbestand
unbedingt
sofort!

„Cosmos“
Ztr. 180. Leipziger Str. 23
(neben Kempinski)

Berliner Spar- u. Bauverein
eingetragene Genossenschaft
mit beschränkter Ha.-unt.
Sonntag, 24. April 1921,
vormittags 9 Uhr.
in den „Sophien-Sälen“,
Berlin C, Sophienstr. 17/18:
29. ordentliche
Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht. Bilanz.
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Jahr 1920. 2. Bericht
der Revision-Kommission.
3. Genehmigung der Bilanz
und Festlegung des Berichtes.
4. Geplante Revision. 5. Ver-
änderung der §§ 2, 4, 7, 8, 20, 31
und 32 des Statuts. 6. Neu-
wahlen zum Aufsichtsrat. 7. Neu-
wahlen zum Verwaltungsrat.
8. Ausschüttung von Jährlichen
Gewinnen.

Die Bilanz sowie die Gewinn-
und Verlustrechnung für das
Jahr 1920 sind in der Ge-
schäftsstelle, Siedingstr. 8, ein-
zusetzen. 189/15

Der Vorstand.
L. Schmidt, Ernst Roscher.

Juwelers- u. Antikentafel
der

Juweliere, Gold- und
Silbergeschmiede

(Zwangsaltern) zu Berlin.

Einladung zur
Ausstellung

am Sonntag, 24. April 1921,
abends 7 Uhr, im Deutschen
Garten, Dresdenstr. 45.

Tagesordnung:
1. Berichterstattung des Vorstands
der vorigen Sitzung. 2. Jahres-
bericht. 3. Bericht der Revision.
4. Geschäftsbericht. 18/9

Reg. Rost. S. Berp.
Vorstand. Geschäftsführer.

Seit 70 Jahren
in San-Ral Haussalbe
Dr. Strauß
b. Hausauschlag, Flech-
ten, Bala- u. Kramp-
fadergeschwüren, Frost-
schäden, Hämorrhoiden
ein bestbewährtes und
schmerzheilendes Mittel.
Orgel-Dose 25 u. 1200 M.
Elefant-Apotheke,
Berlin SW 213
Leipziger Str. 74
Dönhofspl.

Homöopath. Institut
Haut-, Darm- u. Geschlechtsleiden.
Spezial-Fälle bei schwerer,
sicher u. schmerzlos. Behand-
lung ohne Verabreichung
G. Scholl, Neue Königsstr. 59.
am Alexanderplatz.
Sprechst. 10-12 u. 4-6. Sprechst. 10-12

Edelmetall
und edelmetallhaltige Ab-
fälle sowie Gold u. Silber
in Bruch u. Abfällen jeder
Form faustständig
scheideanfallig
Fr. Urbaschek,
Berlin SW 68,
Wartburgstr. 23
Tele. 1833 / 1834. (Apr. 490)

Hierher sehen
wenn Sie diese
4 Rein-Aluminium-Kochtöpfe
mit Deckel
2150,-
Inhalt 4 3 2 1 Liter
zu 100 Mark franko Nachnahme
zu erhalten wünschen
Metallw.-Manufaktur I. Bolthausen h. Plettenberg I. W.
(Bedingung Inserat einreichen.)

Demnächst erscheint:
Russische Korrespondenz
Nummer 3/4.
Aus dem Inhalt: N. Lenin: Die gegenwärtige Lage Sowjetrusslands. (Rede auf dem X. Kongress der Kommunistischen Partei
Russlands, März 1921.) / Karl Radek: Der X. Kongress der Kommunistischen Partei Russlands. / Materialien zur Gewerkschaftsfrage. / Karl Radek: Die innere und äußere Lage Sowjet-Russlands und die
Aufgaben der Kommunistischen Partei Russlands. / Die Erzielung von Konzessionen aus dem ausländischen Kapital (mit drei
Karikaturen: N. Lenin: Das Verbleiben der Arbeiterklasse zum Bauerntum. / Rede auf dem X. Kongress der Kommunistischen Partei
Russlands) / L. Kamenew: Die Sowjetrepublik in der kapitalistischen Umwälzung. / Karl Radek: -ro-stadt / A. Rykow: Resultate
der aufbauenden Tätigkeit der Sowjetregierung. / N. Bogdanow: Die Bauernwirtschaften in Sowjet-Russland Ende 1920 usw.
Illustrationen: Punt Pakake (Mehr arbeitsdrucke).

PREIS 6 MARK.

Bestellungen sind zu richten an Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig

In der Morgenstunde

Verkauf billiger Sachen!

Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** Keine Filialen mehr

Nur Chausseestraße 29-30 Nur

Aus Reichsbeständen sind im Kleinhandel

billige Salzheringe

erhältlich, die
für 30 bis 60 Pf. pro Stück
je nach Qualität und Größe
an das Publikum
abgegeben werden können

Man verlange dies vollwertige Nahrungsmittel in den einschlägigen Geschäften

Salzheringe-Einfuhr-Gesellschaft • Reichsfischverforgung
m. b. H. Berlin G. m. b. H.

Spezial-Arzt
Dr. med. Grätering
Haut-, Horn-, Geschlechtsleiden,
u. Menn. u. Frauen-Blutunter-
scheidungen 35, Ecke
Chausseestr. Stett. Bhl. Spr.
wochentags 11-1, 4/5-7/8.

Vormwärts-tredende
und Gründer
Gute Bedienungsleistungen!
Aufsicht und Anregung
gebende Vorführung: Ein neuer
Geist? In der Praxis
J. Erdmann & Co.
Berlin Rönneburger Str. 71.

Seinrich Schulz:
Sozialdemokratie
und Schule
Mk. 3,40

Dr. Otto Baumert:
Der Volkslehrer
im Volksschulhaus
Mk. 1,20

Dr. Richard Schumann:
Die Arbeit
im Elternrat
Mk. 1,20

Seinrich Schulz:
Die
weltliche Schule
Mk. 1,20

Dr. Max Dietel:
Die Volksschule
als Einheitschule
Mk. 1,20

Dr. J. Schulz:
Buch. Vorwärts
Kinder-Gr. 2

Demnächst erscheint:
Russische Korrespondenz
Nummer 3/4.
Aus dem Inhalt: N. Lenin: Die gegenwärtige Lage Sowjetrusslands. (Rede auf dem X. Kongress der Kommunistischen Partei
Russlands, März 1921.) / Karl Radek: Der X. Kongress der Kommunistischen Partei Russlands. / Materialien zur Gewerkschaftsfrage. / Karl Radek: Die innere und äußere Lage Sowjet-Russlands und die
Aufgaben der Kommunistischen Partei Russlands. / Die Erzielung von Konzessionen aus dem ausländischen Kapital (mit drei
Karikaturen: N. Lenin: Das Verbleiben der Arbeiterklasse zum Bauerntum. / Rede auf dem X. Kongress der Kommunistischen Partei
Russlands) / L. Kamenew: Die Sowjetrepublik in der kapitalistischen Umwälzung. / Karl Radek: -ro-stadt / A. Rykow: Resultate
der aufbauenden Tätigkeit der Sowjetregierung. / N. Bogdanow: Die Bauernwirtschaften in Sowjet-Russland Ende 1920 usw.
Illustrationen: Punt Pakake (Mehr arbeitsdrucke).

PREIS 6 MARK.

Bestellungen sind zu richten an Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig

Die Puttschisten auf der Anklagebank.

Der römische Despot Nero hat Rom in Brand gesteckt, um ein Gedicht darüber schreiben zu können. Im preussischen Landtag konnte man gestern glauben: die Kommunisten haben den Brand in Mitteldeutschland nur entfacht, damit ihr Sprecher Eberlein eine Rede vom Stapel lassen konnte. Neros Verse waren, wie der Geschichtsschreiber berichtet, herzlich schlecht. Sicher waren sie besser als Eberleins Rede. Eberlein konnte nur das selbe, was er zwanzigmal als Landtagskandidat in jeder Wahlversammlung gesagt hat, zum einundzwanzigsten Male memorieren. Einmal demastiert er sich selber, als er den Deutschnationalen versichert, daß sie ihm viel lieber seien als die Sozialdemokraten. Und dann bricht Eberlein in laute Klagen aus, wieviel besser es früher gewesen sei als jetzt unter den sozialistischen Ministern, so daß man nur noch die Worte vernimmt: „Wilhelm lehre zurück!“

Uebrigens, wer die Zusammenhänge zwischen der äußersten Rechten und der äußersten Linken studieren wollte, hatte gestern reichlich Gelegenheit dazu. Ehe Eberlein seinen kommunistischen Jörn über die Regierung Braun-Severing ausgeschüttet hatte, war die Rechte mit einem Vorstoß des deutschnationalen Sprechers Graef-Anklam vorangegangen. Er polemisiert ausschließlich gegen die sozialdemokratische Regierung; nur ihre „schlappen“ Bekämpfung des Puttsches interessiert ihn, die Puttschisten selber erfreuen sich seiner wohlwollenden Schonung. Warum soll Herr Graef die Kommunisten angreifen? Hat er doch längst bemerkt, daß jene seine besten Helfer sind.

Für den Sprecher der Sozialdemokratie, Genossen Franz Krüger, war es eine dankbare Aufgabe, nach diesen beiden Vorgängen nachzuweisen, wie sich Rechts- und Linksputschisten, Deutschnationalen und Kommunisten, gegenseitig in die Hände arbeiten. Krüger ging als erster auf das ein, was seine beiden Vorredner veräußert hatten, nämlich auf die Geschichte und den Ursprung des Puttsches. Und da erbrachte unser Redner den dokumentarischen und lückenlosen Beweis, daß alles Geklei von den Kommunisten, sie seien angegriffen oder propagiert worden, blanke Schwindel ist. Aus der Broschüre Paul Levis, aus der „Roten Fahne“ usw. wies Genosse Krüger klar nach, daß dieser Puttsch systematisch von den Kommunisten vorbereitet und bewußt ohne äußeren Anlaß zum Ausbruch gebracht worden ist. Und besonders rechnete Genosse Franz Krüger ab mit jener abgründigen kommunistischen Heuchelei, die jetzt an das Mitleid der Arbeiterklasse appelliert, während die Kommunisten selber in Roheit und Grausamkeit schwelgen. Hat doch das Düsseldorf-Organ der KPD, die kommunistische „Freiheit“, anlässlich des piekanten Ereignisses gegen unseren Genossen Zimmer in Wärs Gemeinderat zugeworfen, daß hier festgenagelt seien. Das kommunistische Organ schreibt unter der Überschrift „Peter Zimmer, der erschlagene Schuft“:

„Daß dieser Schuft in vorrätiger Aufwallung erschlagen wurde, ist menschlich wohl zu begreifen, trotzdem verurteilen wir die Tat, nicht jedoch wie wir den Mord an Süß verurteilen, sondern eher wie das einfache Lynchon eines Pferdebekleides, wobei wir zugeben, daß ein Pferdebekleid sich beleidigt fühlen könnte, wenn man ihm mit einem Sozialisten vom Schlage eines Zimmer auf eine Stufe stellen wollte.“

Die Abrechnung des Genossen Krüger mit den Kommunisten fiel in jeder Weise wuchtig und vernichtend aus. Aber er vergaß darüber nicht, den Deutschnationalen zu sagen, daß sie die Sozialdemokratie gegen irgendwelche Gewaltversuche ihrerseits ebenso auf den Schanzen finden werden.

So hielten sich die parlamentarischen Leichenfledderer des Puttsches, Deutschnationalen und Kommunisten, am ersten Tage blutige Köpfe. Heute dürfte Minister Severing namens der Regierung mit beiden Teilen abrechnen.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Preussischen Landtages teilte Präsident Seimert mit, daß Abg. Adolf Hoffmann (Komm.) seinen Wahlauftrag zurückgegeben habe.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die große Anfrage Graef-Anklam (Dnat.) über den kommunistischen Aufstand in der Provinz Sachsen. — Minister des Innern Severing erklärt sich zur Beantwortung bereit.

Abg. Graef-Anklam (Dnat.): Am Januar, als alle Welt von der kommunistischen Gefahr sprach, versicherte Herr Höring einem Berichterstatter, daß an der kommunistischen Gefahr nichts wahr sei. (Redner richtet eine Reihe schwerer Vorwürfe gegen den Oberpräsidenten Höring.) Es ist eine ausgiebige Gerechtigkeit des Schicksals, daß gerade Herr Höring den Belagerungszustand verhängen mußte, mit dem bekanntlich jeder regieren kann. (Sehr richtig! b. d. Komm.) Unter den Augen der Regierung wird in Berlin in der Luisenstraße ein Postbureau für bolschewistische Agenten unterhalten, an das auch der bekannte Parvus seine Freunde zu verweisen pflegt. (?) Der schwerste Vorwurf ist Herrn Severing deshalb zu machen, weil er

das Eingreifen der Reichswehr verhindert hat. Offenbar gönnte er ihr die Vorbeeren in diesem Feldzuge nicht. (Beifall rechts, b. d. Komm.) Das Ministerium des Innern muß endlich in solche Hände gelegt werden, die tatkräftig zugreifen, um Ruhe und Ordnung im Lande zu schälen. (Unhaltender Beifall rechts, b. d. Komm.)

Die Kommunisten beantragen, dem Staatsministerium das Vertrauen zu entziehen und fordern in einem weiteren Antrage Aufhebung des Ausnahmezustandes und Befreiung der Ausnahmeorgane.

Abg. Eberlein (Komm.): Wir lehnen die Attentate ab, weil sie nicht im Interesse des Proletariats gelegen sind. Zu diesem Deutschland haben die Arbeiter Englands, Frankreichs und Italiens kein Vertrauen. Nur eine Verbindung mit Sowjetrußland kann uns aus den Klauen des Entente-Kapitals retten. Es ist an der Zeit, daß das Proletariat aus der Defensive

in die offensive Kampfaktion

tritt. Die Schuld an der Niederlage tragen die schamlosen Verräter. (Sehr wahr! b. d. Komm. — b. d. Komm.) Die Ausgleitung der Besitzverhältnisse, die Vorbedingung der wahren Demokratie, ist nur auf dem Wege des offenen Kampfes möglich. Wir sagen den Arbeitern: Seht Euch Eure eigenen Führer an. (Zuruf: Sehr wahr! Levil.) Der Kampf war deshalb notwendig und wichtig, weil durch ihn die Freunde und Feinde des Proletariats offenbar wurden. Die Arbeiter müssen sich überlegen. . . . (Zuruf: Müssen Sie überlegen! Große Heiterkeit.) Es war das erste Gesicht. Das Proletariat wird von Niederlage zu Niederlage schreiten, bis die revolutionären Arbeiter (Zuruf: Tot sind! Große Heiterkeit.) die Bourgeoisie niedergerungen haben. Die Kommunisten werden in den künftigen Kämpfen die mutigsten, tapfersten Führer (Heiterkeit) zu stellen haben. Einer von beiden muß sterben — die reaktionäre Bourgeoisie und ihre Helfer oder das revolutionäre Proletariat. (Heiterkeit. — Beifall b. d. Komm.)

Abg. Krüger-Poisdam (Soz.)

begründet einen Antrag, der die Beschränkung der Sondergerichte auf die Bezirke verlangt, in denen der Ausnahmezustand verhängt ist und für zugehörige ordentliche Gerichte sowie im übrigen Sicherheiten für ein geordnetes Verfahren fordert. In der Unterhändler der Staatsautorität, die Herr Graef so scharf verurteilt, leisten seine Freunde das selbe wie die Kommunisten. Zwischen beiden herrscht eine merkwürdige

Uebereinstimmung der Kampfesweise und der Kampfesziele.

Jugendliche Verbrecher gibt es nicht nur bei den Kommunisten — der jugendliche Mörder Eisners und der Urheber des Attentats auf Erzberger wurden gerade in der Herrn Graef nahe- liegenden Presse als „nationale Helden“ gefeiert. Herr Graef hat sich darüber beschwert, daß die Regierung die Pressemeldungen über Kommunistenaufstände nicht ernst nimmt. Das ist begreiflich, wenn man beobachtet, wie die Rechte und Linke sich in Schauer nachrichten über Puttsche gegenseitig überboten. Es schien geradezu, als wenn die Mobilisationspläne gegenseitig ausgetauscht wären. Graf Posadowski hat festgestellt, daß der Kapp-Puttsch erst die sozialistische Bewegung ausgelöst hatte. Rechts und Links arbeiten sich immer gegenseitig in die Hände. Die deutschnationalen Landräte und Gemeindevorsteher haben ihre Pflicht beim Kapp-Puttsch viel schändlicher verletzt, als jetzt angeblich sozialistische Beamte. Die Bluttaten in Breslau seitens der Rechtsbolschewisten, die der Ausdeputiert enthält hat, stehen nicht hinter den kommunistischen zurück. Auch die Feindschaft der Freunde des Herrn Graef gegen russische Ausländer ist sehr einseitig. Der deutsche Land und hat sich der Rückführung der bolschewistischen Gefangenen heftig widersetzt, weil er die Russen als Arbeitskräfte braucht. Eine Presse, die, wie die deutschnationalen, an Beschimpfungen der Regierung das Menschenmögliche leistet, hat kein Recht, von einer Unterbrechung der Staatsautorität durch die Inaktivität der sozialistischen Minister zu sprechen. Daß der Minister die Reichswehr in den Zustand nicht eingeseht hat, halten wir für einen Akt außerordentlicher politischer Klugheit. Der Reichswehrminister hat erklärt, daß die Reichswehr viel weniger geeignet sei für Unterdrückung innerer Unruhen als die Schutzpolizei. Das Eingehen der Reichswehr hätte große Massen von Arbeitern auf die Seite der Kommunisten getrieben. Der Rechten kam es ja nur darauf an, aus der Niederlage der Kommunisten eine

Niederlage der gesamten Arbeiterklasse

zu machen. (Sehr wahr! b. d. Komm.) Wir danken der Polizei, daß sie nicht blindwütig vorging und auf beiden Seiten das Blutvergießen möglichst zu vermeiden suchte. In einem Punkte waren sich Deutschnationalen und Kommunisten einig: Die Sozialdemokraten und ihre Minister haben an allem schuld. (Sehr richtig! rechts und b. d. Komm.) Nach der Liebeserklärung Eberleins an die Deutschnationalen ist ja die Bahn frei für die Tüchtigen auf beiden Seiten; vielleicht bilden sie dann die neue Regierung zusammen. (Heiterkeit.) Wir würden durch eine bequeme Opposition unsere Parteinteressen viel mehr fördern können, aber wir arbeiten in der Regierung mit Bürgerlichen zusammen, weil wir mehr Verständnis für die Not des Volkes haben als Sie (nach rechts). Ohne Orgel, ohne Kapp-Puttsch wären die Kommunisten bedeutungslos, ohne Kommunisten wären Sie (zur Rechten) nur halb so zahlreich in diesem Hause. Wenn beide Teile den Kampf gegen die Entente betreiben, so lehnen wir die nationalsozialistische Revandehne ebenso scharf ab, wie die angeblich revolutionäre. Herr Paul Levi, den Eberlein allerdings schon in ziemlich durchsichtiger Weise als Renegaten und Verräter bezeichnet, führt in seiner Broschüre selbst aus, daß dieser Puttsch nicht von anderen provoziert worden ist. Allerdings weiß er selbst nicht, von wem die Hege eigentlich ausging. Nebenfalls hat er recht, wenn er die Anführer der Aktion als Rindsköpfe bezeichnet, die man in jeder anderen Partei in die Kaltwasserbelleantstalt schiden würde. Sie (zu den Komm.) sind sich des großen Unglücks, daß Sie über Ihre Anhänger bringen, vollbewußt. Die „Rote Fahne“ hat vom 17. März an systematisch aufgeführt, in der Verhandlung der kommunistischen Zentrale wurde erklärt, eine Demonstration genüge nicht, es sei der unmittelbare Kampf erforderlich. Es wurde zum Generalfreist aufgeföhrt, zur Verdrückung, um einen

Kern der Roten Arme

zu bilden. Bald darauf erscholl das kommunistische Geschrei, daß die Polizei den Kampf provoziert habe. Die Unruhe und Empörung im Industriegebiet bestand nur zum Teil, sie wurde erst provoziert. Die Kommunisten haben die Differenzen, die sich aus den Arbeitsverhältnissen ergaben, bewußt auf die Spitze getrieben. Die Politik der kommunistischen Zentrale hat nicht nur bei dem bisherigen Führer Levi Verurteilung gefunden, sondern auch bei den Syndikalisten. Endlich konnte die „Rote Fahne“ verstanden:

„Wir haben die Sippen der gezwungen, aus ihrer wohlbedachten Reflexion herauszutreten, es ist Blut geflossen!“ Wir Sozialdemokraten protestieren auf das schärfste, wenn sich heute die Kommunisten nachträglich im Namen des gesamten Proletariats gegen den Puttsch aussprechen. Dieser wurde nicht von Arbeitern, sondern nur von einem kleinen Teile irregulärer Arbeiter, zum größten Teil aber von Elementen aus dem Verbrechertum durchgeführt. (Redner geht dann auf den sozialdemokratischen Antrag ein.) Wir haben schärfstes Mißtrauen gegen die Ausnahmeorgane mit ihrem abgeklärten Verfahren. Zur Abneigung der Arbeiter gegen sie trägt besonders das Geschrei der Rechtsparteien bei, die gegen die Urteile gegen Kapp-Verbrecher und ihre Nichtverfolgung keinen Tadel übrig hatten. Das Vertrauen zur Justiz wird nicht gefördert, wenn man an die Prozesse der Hüller, Kessel, Marloh und dergleichen denkt, bei denen man immer das Gefühl hatte, als hätten nicht Staatsanwälte, sondern deutschnationalen Parteisekretäre gerichtet.

Zum Falle Sült habe ich schon an anderer Stelle gesprochen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß hier eine scharfe Untersuchung eingeleitet werde und daß, wenn eine Schuld bei der Behörde vorliegt, unmissverständlich vorgegangen wird. Aber Sie (zu den Komm.), die Sie

wochenlang zu Morden aufgerufen,

haben keine Ursache, sich weder über die Gerichte noch über den besonderen Fall Sült besonders zu entrüsten. Sie haben in menschlicher, moralischer und sittlicher Beziehung das Recht dazu. Die Mitteilung über den unfähigen von den Kommunisten bis zu einer breiten Masse zerlegenen sozialdemokratischen Muffen, weil man dort ohne Sonder- und Schwurkommunistische „Freiheit“ in Düsseldorf zu den graulichsten Beschimpfungen und Verhöhnungen, in denen sie ihre Genugtuung über diesen unmenslichen Akt ausdrückte. Die kommunistischen Puttschisten würden bei einem Schwurgericht nicht besser wegkommen, als bei einem Sondergericht. Sie wollen allerdings ein Gericht nach kommunistischem Muster. Wahrscheinlich aber nicht nach sowjetischem Muster, weil man dort ohne Sonder- und Schwurgerichte die Widerspenstigen einfach an die Wand stellt. Für die Sondergerichte müssen besondere Rechtsgarantien geschaffen werden.

Wie die kommunistischen Führer ihren verheißten Massen im Kampfe voranziehen, wie sie auf dem Platze geblieben sind, das haben wir diesmal gesehen. (Heiterkeit.) Selbst Herr Schölem, der seine aufreizenden Artikel mit seinem Namen bedekt, fühlt sich viel wohler in unserem Kreise hier im Hause und überläßt es anderen, für seine Ideen zu fallen. Auch der „Aktionsausführer“ hat das Deuna-Werk vor der Besetzung verlassen. Andere sind rechtzeitig

nach Rußland ausgewandert. (Lärm b. d. Komm.) Ich kenne sogar einen Herrn, der sich in den Kapp-Tagen seinen schönen Rappschmuck und Bart abnehmen ließ. — Es war Herr Adolf Hoffmann. (Große Heiterkeit.) Das wüßte kommunistische Geschimpfe über Mordpolitik, weißen Terror usw. kann niemanden über die Lasten hinwegtäuschen, daß ihr Anhang keine Lust hat, sich noch weiter in Abenteuer hineintreiben zu lassen; sie tun deshalb so, als ob sie wenigstens innerlich von der Richtigkeit ihrer Aktion überzeugt wären. Sie wissen genau, daß es ihnen nicht gelingen wird, eine Mehrheit im Parlament durch das Volk auf demokratischem Wege zu erlangen. Sie sind keine Massenpartei, die große Masse der Arbeiter denkt nicht daran, ihnen zu folgen. Wir Sozialdemokraten führen den Kampf um die soziale Befreiung und Besserstellung der Arbeiterschaft

auf dem Boden der Republik.

Wenn die Kommunisten für ihre Aktionen einen gewissen Boden finden, dann haben sie sich bei den Rechtsparteien zu bedanken. Wir sind überzeugt, daß trotz allem die Massen der Arbeiterschaft einzig sein werden in dem Augenblicke, in dem eine Regierung nach dem alten System aufgerichtet werden sollte. Der einzige Machtfaktor der Arbeiterschaft ist die Sozialdemokratie; denn die Kommunisten kämpfen nicht gegen rechts, sondern gegen die Arbeiterschaft selbst. Unsere Aufgabe bleibt, die breiten Massen der Arbeiterschaft von dem Vabanquiespiel sowohl der Rechten als auch der Kommunisten abzuhalten und sie in geschlossener Masse zu ihrem Ziele zu führen. (Langanhaltender Beifall b. d. Komm.)

Abg. Kleinsehn (L. Soz.): Wir wenden uns schärfstens gegen solche russischen Kampfformen. Man wollte den Gegner, der noch gar keine scharfe Gestalt hatte, auf alle Fälle zermürben durch militärische Vorstöße der Avantgarde der Kommunisten. Die Kommunisten setzten an die Stelle des Klassenkampfes den Bürgerkrieg. Wir sehen die Förderung der sozialen Revolution nicht in der Steigerung der Arbeitslosigkeit, sondern in der Steigerung der Produktion. Die Kommunisten haben in Mitteldeutschland die Wehrpflicht in den brutalsten Formen eingeführt. Sie forderten zum Barrikadenkampf auf wie die Bürger von 1848 und sind in Wahrheit

revolutionäre Spielbürger.

mit ihrer Aufreizung zum Blutvergießen haben sie an der Arbeiterschaft das größte Verbrechen begangen. Wir treten ein für den sozialistischen Aufbau unter Ablehnung aller Puttschaktit und Attentate, die nur zur Verelendung der Arbeiterklasse dienen. (Lebhafter Beifall bei den L. Soz.)

Präsident Seimert teilt mit, daß der Antrag Eberlein (Komm.), der als zweiter Punkt auf der Tagesordnung steht und der Regierung das Mißtrauen aussprechen will, nicht die verfassungsmäßig notwendigen 20 Unterschriften trägt und deshalb von der Beratung ausscheidet. Abg. Dr. Meyer (KPD.) protestiert. — Das Haus verlegt sich auf Freitag, 12 Uhr: Kleine Anfragen, Uebergang der Wassertrassen an das Reich, Rest von heute. Schluß gegen 8 Uhr.

Der „Hochverrat“ vom 9. November.

Ein Frankfurter Rechtsanwalt hat sich den Spatz gemacht, gegen den Prinzen Max von Baden und die noch lebenden fünf von den sechs Volksbeauftragten Strafanzeige wegen Hochverrats einzureichen. Der Hochverrat soll begangen sein durch die Uebergabe des Reichslandtags an Oertel, die Uebernahme der Regierung, die Ausrufung der Republik usw. Der Oberreichsanwalt hat die Anzeige zurückgewiesen mit der Begründung, daß für politische Verbrechen, und nur um solche könne es sich handeln, am 12. November 1918 durch Beschluß der Volksbeauftragten Amnestie gewährt worden sei, und das Reichsgericht hat diese Entziehung des Oberreichsanwalts bestätigt.

Die Entscheidung, die auf den ersten Blick erbeiternd wirkt, ist dennoch juristisch richtig. Tats. die sonst als Hochverrat angesprochen werden müßten, hören auf, strafbar zu sein, wenn diejenigen, die sie begangen haben, die Macht besitzen, den von ihnen erlassenen Amnestieakt Rechtskraft zu verleihen. Das war aber zweifellos der Fall. Die Entscheidung des Oberreichsanwalts ist nur eine in besondere Form gefasste Bestätigung der Tatsache, daß durch die Novemberereignisse neues Recht geschaffen worden ist.

Adolf Hoffmann hat sein Mandat zum preussischen Landtag niedergelegt. Ueber die Gründe dieses Schrittes werden verschiedene Vermutungen geäußert. Nach der einen Quelle hat die kommunistische Partei daran Anstoß genommen, daß Hoffmann als Reichstags- und Landtagsabgeordneter ein Doppelmandat inne hat, weshalb er auf eines seiner Mandate verzichten mußte. Nach einer anderen Version hat Hoffmann seinen Platz aufgegeben, um das Mitglied der kommunistischen Zentraleitung Bied nachrücken zu lassen, gegen den ein politisches Strafverfahren schwebt und dem auf diese Weise der Schutz der Immunität gesichert werden soll. — Daß Adolf nach Hamburger Muster meuchlings durch die Zentrale „entzogen“ worden ist, scheint unwahrscheinlich.

Die Beschlagnahme der „Roten Fahne“ durch die Staatsanwaltschaft ist nach einer Korrespondenzmeldung von dem zuständigen Gericht bestätigt worden. Das Gericht hat auch die vom Staatsanwalt vorgenommene Beschlagnahme der Rotationsmaschine für rechtmäßig erklärt. — Auch die gerichtliche Entscheidung kann unsere schwersten Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dieser letzten Maßnahme nicht beseitigen.

Der Fall Dammert. Der Leiter der Nachrichtenabteilung im verlaufenen Dammert-Verlag, Herr Heinrich Gessell, erklärt uns, daß er völlig unabhängig sei, und legt als Beweisstück einen am 11. April d. J. geschlossenen Vertrag vor, der ihm das bestätigt. Wir sind leider, nach Kenntnis der Vorgeschichte, nicht in der Lage, solche Unabhängigkeitsatteste für absolut beweiskräftig zu halten.

Ordnungsbuch in Italien? Eine II.-Medung aus Rom spricht von antiozialistischem Wahlblockstreiben unter den bürgerlichen Parteien. Es ist schon möglich, daß Moskaus Agenten auch dem italienischen Sozialismus die Wahlausfaltung verpaid haben.

Spaniens Sozialisten und Moskau. Der Sozialistische Parteitag in Madrid lebte mit 8008 gegen 6025 Stimmen den Anschluß an die Dritte Internationale ab. — Folgt die obligate Spaltung!

Andere Horthy-Minister. An die Stelle des Kabinetts Teleki ist ein Kabinet Graf Stefan Bethlen getreten. Es wird eine „christlich-nationale und agrarfreundliche“ Richtung verfolgen. — Der Pariser „Excelsior“ meldet aus Luzern, im Juli werde in Lugarn nach griechischem Muster ein Karl-Parlament gewählt werden. Wenn das Strafgericht gegen Hannsbruch Bundesverweser (Hessburger) im deutschösterreichischen Nationalrat angenommen wird, wollen die christlich-sozialen „Republikaner“ die Regierung verlassen.

Rückkehrzwang nach Sowjetrußland. Die Moskauer „Iswestija“ sollen nach der Dena ein Dekret der Volkskommissare veröffentlichen, demzufolge das gesamte Eigentum aller Russen, die im Auslande weilen, der Beschlagnahme anheimfällt. — Diplomatische Puttsch-russen und turkesianische Deutschlanderwieser natürlich ausgenommen!

Bei den Londoner Zeugnisaussagen für deutsche Kriegsprozesse können sich die Angeklagten vertreten lassen.

Kommunistische Gewerkschaftspraxis.

Nach vierwöchiger Dauer ist der Streit der Möbeltransportarbeiter durch Verhandlungen beigelegt worden. Die am

Ein erfreuliches Bild ergibt der Jahresbericht des Ortsvereins Altona-Ottensen. Bis zur Wahl der Nationalversammlung zerfiel Altona in zwei Reichstagsabtheile, wodurch auch zwei Wahlvereine nötig waren. Nachdem diese Schranke gefallen war,

A. Wertheim